

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 34 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 29. Juli 1933

Chefredakteur: M. Braun

100 000 Franken
Prämie

wird die „Deutsche Freiheit“ in ihrer morgigen Ausgabe für eine wichtige politische Ermittlung aussetzen.

300 000 Mann Reichswehr!

Hitlers Vorschlag an Frankreich - Vermehrung der Reichswehr um 200 000 Mann SA. und SS. - Eisige Ablehnung in Paris und in Prag - Papens hoffnungslose Reise

Paris, 28. Juli. (Eigener Draht.)

Aus unterrichteten Kreisen wird über die Vorschläge Hitlers, die Henderson überbrachte, berichtet:

Herr Hitler bietet den alsbaldigen Umbau der Reichswehr an in Verbindung mit seinem bekannten Vorschlag über die Zukunft der SA. und SS., womit er die letztere endlich in seine Hand zu bringen hofft und die letztere ebenso nützlich für sich umgestalten könnte. Die neue Reichswehr soll danach eine einjährige Dienstzeit erhalten, im Verlauf von 5 Jahren relativ aufrüsten dürfen und sich der internationalen Kontrolle unterstellen. Als Höchstgrenze verlangt man 300 000 Mann Reichswehr.

Herr Henderson konnte aus Rom eine „90prozentige Zustimmung“ dazu melden, aus Prag jedoch brachte er eine ebenso hohe Ablehnung mit. Paris hat sich noch nicht dazu geäußert, es erwartet noch die Erklärungen seines Berliner Botschafters, der diese persönlich seiner Regierung abgeben wird.

Zur Begründung seines Vorschlages führt Herr Hitler u. a. an: Nachdem er den Bolschewismus in Deutschland niedergeworfen habe (?), wolle er ihn auch außenpolitisch überwinden, wozu er die wirtschaftliche Unterstützung der ganzen nichtbolschewistischen Welt erbittet. Er habe deshalb schon alles Nötige getan, radikalistische Quertreiber, die sich in die nationalsozialistische Bewegung eingeschlichen hätten, und zwar auf Order von Moskau, mit den schärfsten Mitteln auszumergen.

Die französische Regierung mißtraut noch vollkommen dieser neuesten Entwicklung. Ganz Osteuropa schließt sich noch diesen Reserven an, besonders auch Polen, auf das Herr Hitler vergeblich einzuwirken suchte. Auch England verlangt erst überzeugende Beweise für Hitlers guten Willen! In dieser Hinsicht gibt Herr Hitler die Versicherung, daß er die jüngsten Judenverfolgungen mißbillige,

die auch nur durch bolschewistische Provokateure und einige Irrtümer untergeordneter Stellen entstanden seien. Sogar Herr Henderson, der sein Genfer Prestige unbedingt retten möchte, hat in Paris seinem Zweifel an der Richtigkeit der Münchener Mitteilungen Hitlers Ausdruck gegeben; London erwartet klarere Tatsachen von Berlin.

Bezüglich der Haltung Italiens überbrachte Henderson römische Meinungen über das Flottenverhältnis im Mittelmeer. Paris lehnt aber die „französisch-italienische Flottengleichheit“, wenn auch nicht so entschieden wie bisher, ab, und

verlangt vorher eine allgemeine Flottenabrüstung, die aber an den angelsächsischen Flottenplänen scheitern muß. Im übrigen verweist Paris darauf, daß Frankreich einen bedeutenden Schritt der Herrschaftlichen Verständigungspolitik mit Italien erfüllt sieht.

Alles in allem: Herrn Hitlers neueste Politik sieht man geschlossen als nicht Vertrauen erweckend an, mit welcher Einschränkung Herr Henderson nunmehr in London eintraf.

Auf dieselben Eindrücke wird Herr von Papen in Paris kloßen.

Polizeiaktion verraten!

Vollendeter Mißerfolg des Sturms auf alle Verkehrsmittel - Der Rittergutsbesitzer liest die „Deutsche Freiheit“ - Zahlreiche Juden verhaftet

Nachdem für unsere Gewährsmänner keine Gefahr mehr besteht, erklärt heute die „Deutsche Freiheit“:

Am 22. Juli 1933 hat die Geheime Staatspolizei Berlin an sämtliche Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten und Landratsämter im Reiche eine geheime Verfügung erlassen, nach welcher am Tage x und um die Stunde y eine allgemeine Fahndungsaktion und Säuberungsaktion im ganzen Reiche stattfinden sollte. Der Zweck dieser Aktion war das Ausfindigmachen der Kuriere der S.P.D. und der K.P.D. Zwei Tage später am 24. Juli hat das Geheime Staatspolizei-Amt sämtliche Behörden benachrichtigt, daß der Tag x der 25. Juli 1933 sein soll und die Stunde y 12 Uhr. Die-

sergeheime Kunderlaf war uns schon am 23. Juli bekannt, sowie der Tag und die Stundenangabe, der am 24. Juli erst den nachgeordneten Stellen bekanntgegeben worden ist.

Daß die Aktion auch nicht einen Schuß Pulver wert war, wurde von uns sofort mitgeteilt.

Berlin, 28. Juli (Eigener Draht.)

Die am ganzen Reich unter Mobilisierung von über hunderttausend Polizeitruppen, Hilfspolizei, SA. und SS. durchgeführte Aktion gegen die „Kuriere“ hat in Berlin, wo man geglaubt hat, rund zwanzigtausend Mann einsehen zu müssen, einen vollendeten Mißerfolg gebracht. Es wurden zwar einige hundert Personen festgenommen, verbotenes Material aber fand man nur in einem einzigen Falle bei der Durchsuchung eines Kraftwagens. Es handelte sich um ein paar Exemplare der „Roten Fahne“ und der „Deutschen Freiheit“. Der Besitzer des Kraftwagens wurde verhaftet, konnte sich jedoch auf dem Polizeipräsidenten legitimieren als Mitglied der — Nationalsozialistischen Partei und Rittergutsbesitzer in Pommern. Er wurde darauf wieder freigelassen und konnte die Heimreise ungestört fortsetzen; er behauptet, die Zeitungen lediglich zu seiner Information mitgenommen zu haben. Außerdem wurden zwei getölpelte Kraftwagen konfisziert, fünf Kraftwagen wegen nichtbezahlter Steuer, elf Kraftwagen, weil die Führer nicht im Besitz eines ordnungsmäßigen Führerscheins waren. Die Verhafteten sollen zum weitaus größten Teil Juden sein; bestimmte Beschuldigungen werden bisher gegen sie nicht erhoben.

In Polizeikreisen nimmt man an, daß die Aktion vorzeitig verraten worden ist und die Gegner des Systems imstande waren, Gegenmaßnahmen zu treffen.

Da weder die Polizeitruppen, noch Hilfspolizei, SA. oder SS. vorher über den Zweck der Aktion unterrichtet worden waren, man vielmehr in der Absicht, jeden Verdacht abzulassen, für eine angebliche Felddienführung antreten ließ, ist man zur Annahme gezwungen, daß die Verräter entweder im Ministerium des Herrn Göring oder in der oberen Beamtenschaft der Geheimen Staatspolizei zu suchen sind. Andere Stellen waren in den Plan nicht eingeweiht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Aktion in allen ihren Einzelheiten bereits in den frühesten Morgenstunden den maßgebenden Personen, gegen die sie sich richten sollte, bekannt war und eine Ueberraschung somit nicht gebracht hat.

Die Aktion in Berlin wurde übrigens durch Herrn Göring höchstselbst geleitet, der zur Feier des Tages und zum ersten Male seine sich selbst verliehene Uniform eines Polizeioffiziers mit Generalabzeichen spazieren führte.

Hitler für Tietz!

14,5 Millionen Mark Reichsgelder für das Warenhaus Tietz Der Mittelstand guckt in den Mond - Das Naziprogramm vergessen

Berlin, 27. Juli

Der Kampf gegen die Warenhäuser war die jugkräftigste Mittelstandsagitationsparole der Nationalsozialisten. Und der Boykott der Warenhäuser war die erste „wirtschaftliche Großtät“ der nationalsozialistischen „Volkswirtschaftler“. Die Boykottbewegung fügte den Warenhäusern großen Schaden zu und heute ist das Reich bereit, für die Erhaltung der Warenhäuser Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. So erhält die Firma Hermann Tietz einen Ueberbrückungskredit von 14,5 Millionen Reichsmark. Die Schulden des Unternehmens — Tietz ist das größte Warenhausunternehmen Deutschlands — belaufen sich auf ungefähr 100 Millionen Reichsmark. Durch die Boykottbewegung geriet das Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten. Bei den Verhandlungen wurde festgestellt, daß die Hypothekengläubiger im Falle einer Schließung der Betriebe ungeheure Verluste erleiden würden, die sich auf breite Wirtschaftskreise auswirken müßten.

Nach den Angaben des „Deutschen Volkswirt“ betrug der Umlauf des Warenhauses Tietz im Jahre 1932 rund 300 Millionen Reichsmark. Das Unternehmen kaufte 1932 101 000 Schweine, 32 000 Kühe, 15 000 Rinder, 13 000 Hammel, gewaltige Mengen Gemüse, Obst, Eier und Käse. Die Gesamtsumme des Einkaufs der landwirtschaftlichen Produkte allein betrug 40 Millionen Reichsmark. Tietz beschäftigte 17 500 Per-

sonen, hinzu kommen 60 000, die mittelbar durch Aufträge beschäftigt wurden. An Steuern zahlte das Unternehmen 12,4 Millionen Reichsmark, an Sozialleistungen 2,5 Millionen Reichsmark. Der Schaden, der bei einer Schließung dieses Riesenbetriebes der deutschen Volkswirtschaft entstanden wäre, war so gewaltig, daß die nationalsozialistischen Minister unter Außerachtlassung ihrer Agitationsphrasen bereit sind, Millionenbeträge für die Aufrechterhaltung des Unternehmens zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß im faschistischen Italien die Warenhäuser sich der besonderen Fürsorge des Staates erfreuen. Der italienische Staat zahlt seit Jahren dem größten Warenhaus Italiens, „La Rinascente“, Subventionen zur Deckung seiner Fehlbeträge. Während in Deutschland den Beamten und allen öffentlichen Arbeitnehmern die Mitgliedschaft in Konsumvereinen untersagt wird, bestehen in Italien Konsumvereine für die Beamten und eingetragenen Geschäfte.

Nach der Auflösung der Kampfabteilungen des deutschen Mittelstandes folgt nun die Sanierung der Warenhäuser durch Reichsgelder. Wie sagte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ im Februar dieses Jahres?: „Seine Gegner (Hitlers) werden es nicht leicht haben, seinen Anhänger zu werden die Augen übergehen.“

Spottvögel in Paris

„Was ihn hindern wird, das ist die Kugel oder die Bombe!“

Paris, 27. Juli.

Die Pariser Presse kritisiert scharfsinnig die große Polizei-Aktion der Herren Göring und Hitler. Uebereinstimmend gibt sie ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß die neuen Machthaber Angst haben vor ihren Gegnern und die eigenen Leute abzulenken gezwungen sind. Wir zitieren aus den verschiedensten Blättern:

„L'Intransigeant“:

„Die Tatsache, daß man sogar die Luxus-Automobile angehalten und durchsucht hat, beweist eindeutig genug, daß es sich nicht nur um Maßnahmen gegen eine Revolte von links her gehandelt hat. Wir wollen nicht vergessen, daß Hitler nach links und nach rechts sich vorzusehen hat; und heute ist ihm die Rechte vielleicht sogar der gefährlichere Gegner. Die Propaganda, die von diesen Leuten im geheimen gegen ihn getrieben wird, hat ihn in der letzten Zeit schon mehrfach veranlaßt, bereits getroffene Entscheidungen wieder zurückzuziehen. Seine Politik ist verdammt schwierig und unbehaglich: er muß mit den rechten Gegnern rechnen, denn sie, nicht er, haben die eigentliche Macht. Trotzdem glauben wir, daß er die Rechte besiegen wird, vorausgesetzt, daß er am Leben bleibt. Was ihn hindern könnte, das ist die Kugel oder die Bombe. Und das weiß er auch; deshalb seine verzweifelten Anstrengungen!“

„La Volonté“:

„Herr Hitler hat schon recht viel Wasser in seinen Wein gießen müssen. Und dieses neue Getränk will seinen Parteigenossen nicht schmecken; es ist ihnen zu fade, nachdem der „Führer“ ihnen zehn Jahre lang den Raubzug versprochen hat. Gestern hatten sie Hunger zu leiden, das stimmt. Wenn sie aber morgen nicht genug zu essen bekommen, dann werden sie Herrn Hitler dafür verantwortlich machen. Der Kanzler ist außerstande, die Unzufriedenen zu meistern; und deshalb wird er wieder zur Waffe der Demagogie greifen müssen. Hier aber stehen ihm die wirtschaftlichen Mächte im Wege. Er will ablenken von den kommenden inneren Schwierigkeiten. Wird ihm das auf die Dauer gelingen? Wir jedenfalls beneiden ihn nicht um den sorgenvollen Schlaf seiner Nächte!“

„Le Figaro“:

„An demselben Tage, an dem die inneren Schwierigkeiten ausweglos geworden sind, ist Hitler gezwungen, alle Deutschen noch einmal zusammenzurufen. Er wird das tun unter der Parole: „Wegen Frankreich!“ — Herr Hitler schädigt den „inneren Krieg“ nicht; deshalb wird er „aus innerem Pazifismus“ eines Tages den Krieg nach außen führen. Hieran gilt es gerüstet zu sein!“

Die Gewalttat an der Saargrenze

Ein nationalsozialistisches Komplott — Zwei Franzosen und ein Saarländer in die Falle gelockt
Planmäßige nationalsozialistische Aktion

Die Besitzerin des Häuschens in Homburg, nahe der saarländisch-pfälzischen Grenze, aus dem kürzlich zwei französische Staatsangehörige und ein Saarländer nachlässigerweise von Reichsdeutschen gewaltsam über die Grenze ins Reich entführt wurden, Frau K e n n e l, hat — wie wir schon hören, ein Geständnis abgelegt!

Frau Kennel war sofort nach Bekanntwerden der Tat und nachdem die erste Untersuchung schon mehrere Belastungsmomente gegen sie ergeben hatte, in Haft genommen worden. Unter dem Druck der gegen sie vorliegenden Belastungsmomente hat die Verhaftete schließlich zugegeben, daß sie die drei Personen in eine Falle gelockt hat, um die Entführung möglich zu machen!

Damit liegen die Beweise dafür vor, daß es sich um einen Ueberfall handelt, der nicht das Werk vollkommen unautoritärer Personen gewesen sein kann. Der Mann der Frau Kennel ist, wie wir ebenfalls bereits berichten konnten, vor einiger Zeit im Reich festgenommen worden. Seine Verhaftung erfolgte nicht durch irgendwelche Privatpersonen, sondern durch Personen, die einer der zahlreichen,

heute im Reich aktionsberechtigten Exekutivorgane angehören. Wenn man Frau Kennel nunmehr unter Hinweis auf die Lage ihres Mannes dazu gebracht haben sollte, die drei Personen in ihre Wohnung zu locken, so können diese Versprechungen nur von Personen gemacht worden sein, die über das Schicksal des Ehemannes Kennel tatsächlich zu entscheiden haben, oder von denen Frau Kennel das wenigstens annehmen konnte!

Der Hinweis auf die „untergeordneten Organe“ dürfte den reichsdeutschen Dienststellen diesmal schwer fallen.

Die Untersuchung gegen Frau Kennel wird wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung geführt. Sie wird sich diesbezüglich auf Grund ihres eigenen Geständnisses vor einem saarländischen Gericht zu verantworten haben!

Im übrigen wird der skandalöse Vorkfall, der der Welt einmal blühartig den Stand des Hitlerterrors im Saargebiet gezeigt hat, noch Nachspiele haben, die durch die Berichterstattung der Saargegierung an den Völkerverbund bereits angekündigt sind.

Wie sie kuschen

Das waren „Führer“ des Zentrums

Zwischen Reichsinnenminister Dr. Frick als dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und dem Abgeordneten Dr. Hackelsberger als dem Verbindungsmann der bisherigen Reichstagsfraktion des Zentrums zur NSDAP. sind folgende Vereinbarungen getroffen worden:

Das Stadium der Fraktionslosigkeit, in dem sich jetzt die Mitglieder der ehemaligen Zentrumsfraktion befinden, kann nur ein vorübergehendes sein und höchstens einige Wochen dauern. Das fraktionslose Verhältnis wird vorläufig bis zum 1. September fortgesetzt. Eventuelle Wünsche wegen Mandatsniederlegung bzw. wegen Uebertritt als Hospitant werden zweckmäßigerweise an den Verbindungsmann geäußert. Unbeschadet des freiwilligen Entschlusses jedes einzelnen der bisherigen Fraktionsmitglieder sind von nationalsozialistischer Seite folgende Gesichtspunkte für die Klärung, ob Hospitant oder Nachtritt, mitzuteilen worden:

Die Geistlichen scheiden nach dem Konkordat aus. Sämtliche Frauen stellen ihr Mandat zur Verfügung. Ueber 60 Jahre alte Abgeordnete sollen nach Möglichkeit nicht übernommen werden. Hinsichtlich der Gewerkschaftsführer und -sekretäre soll eine wesentliche Herabsetzung erfolgen. Das Hospitantenverhältnis berechtigt zur Teilnahme an allen Fraktionsitzungen, gibt die Möglichkeit zur Stellungnahme in diesen Sitzungen und auch zur Beteiligung an Abstimmungen. Ein Zwang zum Tragen irgendwelcher Abzeichen oder Uniformen besteht nicht.

Ein edler Oberpräsident

Kaschemmensprache des Dritten Reiches

Die nationalsozialistische Presse verbreitet einen Aufsatz von Wilhelm Kube, Gouverneur, Oberpräsident, Fraktionsvorsitzender der Nazis im Preussischen Landtag, über „Das Dritte Reich und die Frauen“. Darin sagt er u. a.:

Widerlich war es für jeden deutschen Mann, der in seiner Mutter das deutsche Weib ehrt, wenn über Fragen der Geschlechtsmoral, der Mutterhaft und der Nachkommenschaft alte Jungfern, das jedes Schamgefühl, von der Parlamentariertribüne herab gespreizt ihren Edelmut verkappten. Noch schrecklicher war es, wenn bei Verhandlungen über Fragen der Landesverteidigung und der Wehrpflicht eine demokratische oder marxistische Megäre ihren pazifistischen Unrat gegen unser Land pie.

Die Sprache charakterisiert den schweinhischen Keck. Uebrigens „pazifistischer Unrat“! Dieser Kube ist neben Frick und anderen einer der vielen praktischen Kriegsdienstverweigerer. Obwohl jung und kräftig, drückte er sich während des ganzen Krieges reklamiert in Berlin herum.

Ein notorischer Feigling!

Attentat in Metz

Ein Taxichauffeur, der vor einiger Zeit ein Hakenkreuz von einem deutschen Wagen entfernte, wird durch Revolverschüsse am Kopf schwer verletzt. Der Täter entkommen!

Vor einigen Monaten ereignete sich am Bahnhof in Metz ein Zwischenfall, der großes Aufsehen erregte. Ein deutscher Wagen, mit dem einige Reichsdeutsche angeblich einen Ausflug nach den Schlachtfeldern unternehmen wollten, trug die Hakenkreuzflagge demonstrativ zur Schau. Sofort sammelte sich eine erregte Menschenmenge um den Wagen, und ein Taxichauffeur riß schließlich die Fahne herunter. Die Reichsdeutschen wurden vorübergehend in Haft genommen, bis sie dann wieder mit ihrem Wagen nach Deutschland zurückkehrten.

Am Donnerstag ereignete sich nun folgendes: Vor dem damals beteiligten Taxichauffeur erschien ein Mann und verhandelt mit ihm wegen einer Fahrt nach Remilly. Plötzlich zog der Fremde während der Fahrt einen Revolver und schoß dem vor ihm sitzenden Chauffeur eine Kugel in den Kopf, die ihn schwer verletzte. Der schwer Verwundete war noch in der Lage, dem Fremden die Waffe zu entreißen, aber diesem gelang es, zu entkommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange. Der Fall erregt in ganz Lothringen ungeheures Aufsehen.

Das Neueste

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ wird Professor Einke in demnächst die englische Staatsangehörigkeit erwerben.

Der frühere Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, ist kreislos entlassen worden. Das Verfahren gegen ihn ist lediglich aus formalrechtlichen Gründen eingestellt worden.

Der Dienstmacht Schriever in Hamburg, der im Mai den SA-Mann Wiesbeler ermordet hatte, ist zum Tode verurteilt worden.

Der Schnellzug Paris—Bordeaux entgleiste bei Angoulême. Zwölf Personen wurden verletzt.

Bei Turn-Severin in Rumänien überfuhr nachts ein Schnellzug einen Bauernwagen, dessen fünf Insassen und die zwei Pferde in Stücke gerissen wurden.

Das amerikanische Postschiff „Racon“ unternimmt demnächst eine Europareise.

In einem Bergwerk in Woodlifford (Grafschaft York) ereignete sich eine Explosion. Sechs Bergleute erlitten schwere, z. T. lebensgefährliche Brandwunden.

Jüdische Millionen zurückgefordert

Die Rosenwald-Stiftung

New York, 28. Juli.

Die Erben des bekannten jüdischen Millionärs und Philantropen, des amerikanischen Julius Rosenwald, haben heute von der deutschen Regierung die Rückgabe der Rosenwald-Stiftung gefordert. Rosenwald hatte diese Stiftung, die sich auf mehrere Millionen Dollar beläuft, verschiedenen deutschen wissenschaftlichen Instituten zur Verfügung gestellt. Die Rückforderung der Stiftung wird damit beantragt, daß durch die derzeitige deutsche Regierung jüdische Studierende, in deren Interesse die Stiftung erfolgt ist, von dem Genuß der Stiftung ausgeschlossen werden sind.

Export tut not!

Aber die Reichsregierung schlägt ihn tot!

In einer Versammlung der Industrie- und Handelskammer zu Solingen schilderte der Vorsitzende Hartkopf am Beispiel der Solinger Industrie die Lage in der Eisenverarbeitung und der sonstigen Exportindustrie, soweit sie kleineren und mittleren Umfang hat. Die Schwierigkeiten der Solinger Schneidwarenindustrie leitete er von folgenden Ursachen ab: mangelhafter Organisation, Fehlen eines Gemeinschaftsgeistes und Ueberwiegen des materialistischen Denkens,

außerordentliche Einengung der Exportmöglichkeiten.

Während die Schwerindustrie mit ihren einheitlichen Erzeugnissen es verhältnismäßig leicht hatte, sich durch ihre Organisation Gehör zu verschaffen, habe es die verarbeitende Industrie mit ihrer Vielzahl an Waren und Qualitäten nicht verstanden, zu einer einheitlichen Zielsetzung zu gelangen. Gegenwärtig sei als eine der wichtigsten Fragen die Neuordnung der Tarifsituation anzusehen. Bei vollwertiger Mitarbeit hierbei solle die Arbeiterkammer an Qualitäts- und Preisfragen den großen Zusammenhang aller wirtschaftlichen Fragen sowohl in sozialpolitischer wie auch wirtschaftspolitischer Beziehung erkennen. (Das bedeutet Lohndruck, D. Red.) Nach Erziehung der wirtschaftenden Menschen zum Gemeinschaftsgeist wolle es, die Preisüberhöhung, Schwarzarbeit, unfauleren Wettbewerb und sonstiges unanständiges Geschäftsgebahren mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Im Augenblick steht die Solinger Industrie ganz unter den Folgen, die die Einengung der Ausfuhrmöglichkeiten gebracht hat.

Die Lebensmöglichkeit der Solinger Industrie sei abhängig von der Möglichkeit zu exportieren.

Die Stärkung des Binnenmarktes könne keinen genügenden Ausgleich für den verloren gegangenen Export schaffen. Die bisherigen Maßnahmen der Ausfuhrförderung hätten sich als nicht ausreichend erwiesen. Die Kammer werde deshalb die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Außenhandelspolitik beim Reichswirtschaftsministerium beantragen, die eine besonders enge Fühlung mit der Wirtschaft ermöglichen soll.

Luxemburg und der Heilige Rock

In der in Nr. 28 unserer Zeitung aus Luxemburg veröffentlichten Zeitschrift teilt uns Pfarrer Hurri aus Wasserbillig mit, daß er „bis jetzt von deutscher Seite nicht im geringsten belästigt worden ist“.

Das ist nun allerdings von unserem Berichtshalter auch nicht behauptet worden. Er schrieb nur, daß solche Absichten bestanden haben.

Der Reichstagsbrand

Internationaler Untersuchungsausschuß

Auf Initiative des Weltkomitees für die Opfer des Hitler-Schicksals hat sich aus geachteten und unabhängigen Juristen verschiedener Länder ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Reichstagsbrandes gebildet. Dem Ausschuss gehören an:

England: D. R. Pritt, Kings Counselor; Frank reich: Gaston Bergery, Mitglied der Kammer; Amerika: Clarence Darrow, Rechtsanwalt und Arthur Warfield Hans, Rechtsanwalt; Spanien: Jimenez de Asua, Professor der Zentraluniversität, Madrid; Schweden: Dr. Branting, Rechtsanwalt; Dänemark: Wald Knudt, Rechtsanwalt; Italien: Francesco Ritti, ehemaliger italienischer Ministerpräsident; Belgien: Vermeulen, Rechtsanwalt, Brüssel.

Der Untersuchungsausschuß wird etwa zur gleichen Zeit, wo in Leipzig der Prozeß gegen Torgler, Dimitroff, Popoff und Tanell stattfindet, in einer europäischen Hauptstadt zusammentreten. Die Tagung des Untersuchungsausschusses wird öffentlich sein. Sie ist angesichts der Tatsache, daß in Leipzig weder ein inländischer noch ausländischer Verteidiger der Angeklagten zugelassen und jeder Entlastungszeuge mit seinem Leben bedroht ist, das einzige Verfahren zur objektiven Aufklärung des Reichstagsbrandes und der wahren Brandstifter.

Dem Untersuchungsausschuß sind bereits zahlreiche Zeugenmeldungen zugegangen.

Protest von Gelehrten!

Die tschechischen Universitätsprofessoren Rejzldt, Salda und Krejci haben dem deutschen Gesandten in Prag einen Protest gegen die unannehme Behauptung, Torgler und die mit ihm verhafteten Bulgaren seien Brandstifter, eingereicht.

Amlich wird noch mitgeteilt, daß mit der Hauptverhandlung wegen der Reichstagsbrandstiftung in der ersten Septemberhälfte zu rechnen ist.

Bildersturm

Schutzhaft für marxistische Bilder

Der Polizeipräsident in Essen hat eine Anordnung getroffen, in der es heißt, daß man noch immer in den Wohnungen ehemaliger Mitglieder der KPD und SPD. marxistische Bilder finde. Es sei nicht zu dulden, daß der Geist der Jugend durch den dauernden Anblick solcher Andenken aus der Zeit des Systems vergiftet werde. Das Befahren derartiger Bilder in der Wohnung werde als eine herausfordernde Stellungnahme gegen die nationale Erhebung betrachtet. Der Polizeipräsident läßt darauf hinweisen, daß das Zeigen solcher Bilder, auch in Privatwohnungen, unter Umständen als Propaganda zugunsten des Marxismus aufgefaßt werden kann. Inanspruchnahme könne die zwanadzuhufolge eines derartigen Verhaltens sein.

Der Nürnberger Judenpogrom

Rohheitsakte - Zusammenstöße mit der Reichswehr

Nürnberg, 28. Juli. (Eigener Bericht.)

Die Demonstrationen und die Gewaltakte gegen jüdische Geschäfte und jüdische Passanten auf den Straßen nehmen immer noch ihren Fortgang; am Sonnabend nachmittags sind, wie gemeldet wird, nationalsozialistische Trupps in zahlreichen Fällen

in die Privatwohnungen jüdischer Familien eingebrungen, haben die Einrichtungen demoliert und die Insassen verhaftet.

Es handelt sich hier ohne Ausnahme um Personen, die politisch niemals hervorgetreten sind, denen lediglich ihre Zugehörigkeit zum Judentum zur Last gelegt werden kann. Wohin die Verhafteten transportiert wurden und was mit ihnen geschehen ist bzw. geschehen soll, ist nicht zu erfahren, da die Polizeibehörden jede Auskunft verweigern; die wilden Gerüchte durchdringen Nürnberg, man spricht davon, daß viele Juden ermordet worden sind.

Das Standortkommando der Reichswehr hat den Reichsstatthalter für Bayern, General von Epp, die Reichsregierung und den Reichspräsidenten telegraphisch von den Vorfällen, deren Umfang und deren Art über das in der Auslandspresse veröffentlichte Maß weit hinausgehen, unterrichtet und hat dringend um Abhilfe gebeten.

Nach einer anderen Meldung, für die eine Bestätigung jedoch bisher nicht zu erlangen gewesen ist, hat das Reichswehrkommando die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für Nürnberg gefordert. Tatsächlich aber durchziehen sich Tausende zahlreicher Patrouillen der Reichswehr, ausgerüstet mit Stahlhelmen, Gewehren und Handgranaten, die Hauptstraßen Nürnbergs und Fürths.

Hierbei kam es in Fürth zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einer Abteilung der Reichswehr und demonstrierenden Nationalsozialisten, bei der das Militär, in Notwehr gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen gezwungen war. Fünf Nationalsozialisten wurden verletzt, darunter zwei schwer.

Nach einer weiteren Meldung hat das Standortkommando der Reichswehr die sofortige Abziehung des örtlichen Führers der Nationalsozialisten, des Abwärtigen Streicher, der die Vorfälle planmäßig inszeniert habe, und das Verbot des Streicherischen Ständeballes, des „Stürmer“, gefordert. Der Parteipolitische Leiter hat durch Polizeifunktionäre ein Verbot an die gesamte Presse in Bayern erlassen, über die Vorgänge zu berichten.

„Ich bin der Jude NN.“

Hinter ihnen Gummiknüppel und Lederpeitsche!

Von besonderer Seite, die ebenso kompetent wie glaubwürdig ist, wird uns über den Beginn der immer noch andauernden Judenverfolgung in Nürnberg folgendes berichtet:

Am 20. Juli wurden in Nürnberg 100 der angesehensten jüdischen Bürger — Ärzte, Kaufleute, Rechtsanwälte, Wirtschaftsführer — ohne jeden Grund verhaftet, zusammengedrückt, entwürdigend behandelt, z. T. geschlagen und im Laufe des Tages wieder entlassen. Nachmittags einige Einzelheiten den Vorgang, früh in der 6. Stunde erschienen in den Wohnungen SA-Leute,

veranstalteten Hausdurchsuchungen, die ohne Ausnahme ergebnislos verliefen, und führten die Hausbesitzer unter harter Bewachung ab. Die Verhafteten wurden gesammelt und nach Stundenlangem Warten auf den Straßen und Plätzen der Stadt in einzelnen Gruppen wie Verbrecher abgeführt. Eine Gruppe kam auf einen Sportplatz, der z. B. als SA-Lager eingerichtet ist.

Dort gehalten sich die „Begrüßung“ jedes Einzelnen etwa wie folgt:

„Strammgestanden! Wie heißt Du?“

„NN.“

„Du hast nachzusprechen: Ich bin der Jude NN.“

Dann wurde „Arbeitsdienst“ und Exerzieren veranlassen.

Die Verhafteten — unter ihnen Herzleidende, Arbeitsbeschädigte mit Beinprothesen, alte Männer von 60, 70 Jahren und darüber — mußten in der Sonne auf dem Sportplatz (Schleppen, Parade-marsch, Dauerlauf und Niederlegen — Sprung auf „marsch marsch“ üben, während SA-Knizeiber mit Gummiknäppeln und Lederpeitschen dafür sorgten, daß keine Müdigkeit aufkam.

Niemand durfte um sich blicken, denn jeder sollte nur die eigenen Mißhandlungen fühlen, aber nicht die der anderen sehen. Trotzdem wurde muntere Lacherei gehalten.

In einer Parade wurden besonders Auserwählte vorgeführt. Man sah die Bedauernswerten nach der Parade herankommen; sie hatten z. T. das Hemd noch nicht wieder über den mit blutigen Streifen bedeckten Oberkörper gezogen. Wer mit den Schlägen nicht ganz einverstanden war, mußte zur Strafe in der glühenden Hitze noch einige Schweißaufstriche um die Hüften machen. Einem jüngeren Mann wurde wieder und wieder mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Anderer mußte sich auf den Boden legen und mit den Zähnen Gras andrehen.

Nachdem so die körperliche Ermüdung ausreichend gefördert war, wurde in Marschkolonnen angeordnet, und nun ging es in strammem Marsch durch die mittiglich belebten Straßen der Stadt. Die Reaktion des Publikums war sehr verschiedenartig. Es gab Passanten, die beim Anblick dieses schmachvollen Ansehens hochangesehener Mitbürger empört und entlegte Seiten machten, aber natürlich kein Wort des Einspruchs wagen konnten. Andere riefen höhnisch: „Gott der Gerechte!“ oder „Schlagt sie tot!“

Den Verhafteten war gesagt worden, sie sollten in die Hölle von Döhlen gebracht werden. Aber man führte sie nur ins Polizeipräsidium. Hier wurde jeder Einzelne durch Beamte der regulären Polizei verhört, wobei auch die erlittenen Mißhandlungen zu Protokoll genommen wurden. Der Ton war hier durchaus höflich. Sofort nach der Vernehmung durfte jeder nach Hause gehen, denn gegen keinen einzigen lag ja auch nur der geringste Verdacht einer ungesetzmäßigen Handlung vor.

Was war geschehen? Die Polizei (und die Reichswehr! D. Red.) hatte sich offenbar ins Mittel gelegt und an höherer Stelle durchgesetzt, daß der Aktion,

die aussehend nur zur Beschäftigung und Befähigung der SA diente,

ein Ende gemacht wurde. Während noch am Morgen das Ueberfallkommando, das vielfach von den Ehefrauen der Verhafteten zum Schutze ihrer Männer angerufen worden war, ein Eingreifen mit der Begründung, es handle sich um eine „politische Aktion“, abgelehnt hatte, war es jetzt um die Mittagsstunde der Polizei gelungen, der SA ihre Opfer zu entreißen. Die Beamten machten keinen Hehl daraus, daß sie das ganze Vorgehen der SA mißbilligten. Das Verbot sollte zum Schluß nur noch den Anschein der Befugmächtigkeit wiederherstellen.

Es dürfte noch von Interesse sein, daß die SA-Leute wiederholt unsterkwillig ihre Unzufriedenheit mit dem eigenen Schicksal zu erkennen gaben.

„Todesstrafe!“

Für Bekämpfer des Hitler-Regimes . . .

Berlin, den 28. Juli 1933. (Eig. Bericht.)

Auf Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten Brüning hat die Reichsregierung ein Sondergesetz erlassen, nach welchem gegen deutsche Staatsbürger, die vom Ausland her die deutsche Regierung bekämpfen und deren Autorität zu gefährden bestrebt sind, wegen Hochverrats eingeschritten werden und „in Abwesenheit“ die Todesstrafe verhängt werden kann.

Aber die Mörder werden begnadigt!

15. Juli „Stichtag“

Der Amtliche Preussische Pressedienst kündigt aus Anlaß der „Beendigung der nationalsozialistischen Revolution“ einen besonderen Gnadenakt für die SA und SS an, wonach man diesen für alle Straftaten, die sie bis zur Beendigung der Revolution, d. h. bis zum 15. Juli begangen haben (ganz gleich, ob das Mord, Raub, Falschschlag, Bandendiebstahl, Mißhandlung, Körperverletzung, Freiheitsberaubung usw. war), Straffreiheit gibt!

Das hat man bereits erwartet! Aber das Interessanteste ist der Schlußsatz, der feststellt, daß diese Maßnahmen nicht Straftaten betreffen, die nach dem 15. Juli 1933 begangen sind oder begangen werden sollten!

Damit ist also jedem SA- und SS-Mann mit aller Deutlichkeit gesagt, daß seine Verbrechen solange straffrei bleiben, als er das Schwertapital und die Großgarrier wieder zur

Der Arierschwur

Auf Justizministerialblatt Nr. 159 haben die preussischen Justizbeamten, sofern sie dazu in der Lage sind, folgende Erklärung abgegeben: „Ich versichere hiermit dienstlich: Mir sind trotz sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich nicht arischer Abstammung sei; insbesondere hat keiner meiner Eltern- oder Großeltern zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört. Ich bin mir bewußt, daß ich mich dienstlich strafrechtlicher Verfolgung mit dem Ziele der Dienstentlassung aussetze, wenn diese Erklärung nicht der Wahrheit entspricht.“

unumschränkten Herrschaft brachte. Nachdem diese aber wieder an der Macht sind, sind sie entschlossen, auch gegen diese ihre Rivalen vorzugehen, wenn sie sich einfallen lassen sollten, „Sozialismus“ oder „Volkswirtschaft“ zu machen.

„Göring schwelgt im Blut“

Sagt der Pariser „Rempart“

Paris, den 28. Juli 1933. (Eig. Bericht.)

Der „Rempart“ beschäftigt sich eingehend mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland. Nach Ueberzeugung der sehr einflussreichen Zeitung haben die jüngsten Gesetze die außerordentliche Schwäche der Regierung Hitler enthüllt. Der „Rempart“ schreibt dann wörtlich:

„Wer regiert in Deutschland? Der Henker! — Eine Anzahl von neuen Gesetzen hat der Wegker Göring erlassen. Alle diese Gesetze haben einen gemeinsamen Kern: die Todesstrafe. Wenn sich irgendwas und irgendwie ein vermeintlicher Gegner des Hitlerismus zeigt, dann kann er bestraft werden, unbesehen: Todesstrafe. Wenn in den Straßen ein Hülfermann scharf angeschrien wird, dann kann er sich einbilden, er solle angegriffen werden. Erfolg: Todesstrafe. Wenn jemand die Grausamkeiten des Hitlerismus Grausamkeiten zu nennen wagt: Todesstrafe. Das deutsche Volk, soweit es überhaupt noch klar zu sehen wagt, wird immer nur den Henker sehen, wird immer nur abgeschlagene Köpfe sehen. — Herr Göring schwelgt im Blut. Herr Göring schwimmt im Blut.“

Unterdrückte Friedensarbeit

„Die Deutsch-Französische Gesellschaft“, die bekannte Vereinigung repräsentativer Deutscher und Franzosen, die von beiden Ländern offiziell unterstützt wurde und als besondere Verständigungsaktion gedacht war, ist automatisch zugrunde gegangen. Die deutschen Mitglieder sind entweder verhaftet oder flüchtig, Dr. Grantoff und Dr. Gessell, die beiden geschäftsführenden Deutschen und Herausgeber der „Deutsch-Französischen Rundschau“ haben nunmehr auch die Grenze überschritten, sie mühten zuletzt den Schicksal einer auswärtigen Diplomatie in Anspruch nehmen, um außer Landes gehen zu können. Damit ist auch die französische Sektion zusammengebrochen.



In der richtigen Gesellschaft!

Der frühere deutsche Kronprinz bei dem Nazi-Sportkommissar von Tschammer-Olsen. Beide als Zuschauer auf der Klaus-Bahn. Jetzt wissen die SA-Leute doch wenigstens, für wen sie die sogenannte „nationale Revolution“ gemacht haben und weshalb Göring jetzt gegen sie Gafengefesse und Todesstrafen verordnet!

Mußige Bürger

Protestbrief an den Hamburger Oberbürgermeister

Hamburger Bürger richteten an den Oberbürgermeister Krogmann von Hamburg, der zugleich Führer der deutschen Delegation auf der Londoner Wirtschaftskonferenz war, einen Brief, in dem sie die bestialischen Methoden der Hamburger Polizei und Hilfspolizei darstellten. Sie beschreiben, wie die Spezialabteilungen der Polizei im Hamburger Rathaus, Zimmer 254-256, einen Mann namens Edgar Andre schwer mißhandelt haben, wie dann der bereits bewußtlose Andre auf den Hof geworfen und dort fast zu Tode getrapelt wurde, wie ein kommunistischer Funktionär Anton Saeflow schwer mißhandelt wurde, wie ein junges Mädchen namens Annemarie Jacobs auf das entblößte Hinterteil geschlagen wurde, wie Gefeln genommen wurden, auch Kinder und vor allem, wie im „Hamburger Tageblatt“ diese jüdischen Uebungen der SA, unter den Berührungsanzeigen beschrieben wurden.

Braunes Beamtenrecht gegen die Frauen

Die Regierung Hitler hat die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes in wichtigen Punkten praktisch außer Kraft gesetzt. So bestimmt das neue Beamtenrecht, daß der Zeitpunkt, in dem eine Beamtin des Reiches definitiv und unklünder wird, auf das fünfundsiebzigste Lebensjahr hinaufgesetzt wird. Für die männlichen Beamten ist eine solche Beschränkung nicht eingeführt worden. Diese Sonderstellung der weiblichen Reichsangehörigen ist sehr bedenklich, gibt sie doch den Behörden den Freibrief willkürlicher Kündigungen in die Hand. Dadurch gelangen die Frauen auch viel später als die übrigen Angestellten des Reiches in den Genuß der Pensionsberechtigung und erleben auch, was Beförderung und Rangsteigerung betrifft, zahlreiche schwerwiegende Nachteile. Damit läßt es aber das deutsche Reichsministerium nicht bewenden! Es legt mit einem Federstrich den Absatz 2 des Artikels 128 der Reichsverfassung außer Kraft, in dem bestimmt wird, daß weibliche Beamte für gleiche Leistungen genau soviel Gehalt zu erhalten haben wie ihre männlichen Kollegen in gleicher Stellung und unter gleichen sonstigen Voraussetzungen. Diese Maßnahme bedeutet ebenso eine schwere moralische Ungerechtigkeit wie eine erhebliche materielle Schädigung der weiblichen Beamtinnen.

Tolle Preiserhöhungen

Die Baustoffsyndikate wuchern

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet resigniert:

„Seit dem Winter 1933 sind die Preise verschiedener wichtiger Baustoffe mehr oder weniger stark gestiegen. Das ist zum Teil eine Saisonerscheinung, die sich auch in früheren Jahren abgezeichnet hat. In diesem Jahre kommt hinzu, daß die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprojekte die Bautätigkeit insgesamt belebt haben, so daß die Nachfrage nach Baustoffen merklich wuchs. Die Nachfrage und damit auch die Preise waren allerdings in den früheren Jahren schlechter Konjunktur stark zurückgegangen, wie das den Marktgeschehen entspricht. Wenn jetzt die Bewegung sich umkehrt und mit der erhöhten Bautätigkeit auch die Preise sich von ihrem Tiefstand erholen, so wird man hierin im allgemeinen auch nur die Auswirkung desselben Marktgesetzes zu erblicken haben. Die Frage ist nur, in welchem Ausmaß die Preissteigerungen erfolgt sind. Die Gefahr besteht gewiß, daß überhöhte oder gar spekulative vorweggenommene Preissteigerungen die Ankurbelungsversuche am Baustoffmarkt beeinträchtigen könnten; denn jede unbegründete oder übertriebene Preissteigerung kann den Bauwirtschaftlichen Förderung schmälern. Nach Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Bauerverbandes in Essen sind im ersten 6 Monaten 1933 gestiegen: für Kies von 4,20 auf 6,50 pro Kubikmeter, für Rheinsand von 4,70 auf 7,25, für baumartiges Bauholz von 29 auf 39, für scharfkantiges Bauholz von 38 auf 47 und für Zementkalk (10 Tn.) von 179 auf 192 RM.“

Alle Frauen gekündigt!

Auf Antrag der NSDAP hat die Stadt Wittmann beschlossen, sämtlichen bei der Stadtverwaltung und bei der Sparkasse beschäftigten Frauen zu kündigen.

„Absolut nichts“

Das Ende in London durch „Verlegung“ - Optimistisches Getue in der Schlußsitzung - Ergebnis gleich Null

London, 27. Juli.
In der heutigen Schlußsitzung der Weltwirtschaftskonferenz hielt der amerikanische Delegierte James Cox in seiner Eigenschaft als Präsident des monetären und finanziellen Hauptausschusses eine Rede, in der er ausführte, die Konferenz habe Ergebnisse erzielt, die die Mühe gelohnt hätten. Es herrsche Einigkeit darüber, daß von einer Aufgabe weiterer Bemühungen keine Rede sein könne. Die erste Hilfe zur Lösung der Wirtschaftskrisis würde eine Besserung der Warenpreise sein. Tatsächlich hätten einige wichtige Schlußfolgerungen keinen Zweifel gelassen, daß sie zahlen könnten, wenn normale Verhältnisse wiederkehrten. Um die konstruktiven Bemühungen in den Schuldnerländern zu unterstützen, sei die B.N. eine große Hilfe. Bei künftiger Kreditgewährung bedürfe es einer solchen Einwirkung. Es könne keine allgemeine Erholung der Welt geben, solange die eingefrorenen Kredite der Handelslande verstopfen. Günstigerweise seien Erleichterungsmassnahmen im Gange. Die nationalökonomischen Bestrebungen müßten sich „gebührendem Verständnis“ (diese mittelbare und geringfügige Bemerkung galt Hitler!) betrachten. Nicht nur Geld- und Wirtschaftskrisen, sondern auch soziale Probleme spielten dabei eine Rolle. Es sei unangenehm, daß heimische Sorgen die Arbeit einer internationalen Konferenz verdrängten; aber damit müsse man sich abfinden. Wenn die nationalen Industrien wiederhergestellt seien, dann werde der Handel beginnen, über die Grenzen zu fließen, und nach Erledigung der nationalen Aufgaben seien die Probleme zu behandeln, die die Nationen vereinigt lösen müßten. Der Redner schloß, er wisse nicht, wann die Konferenz wieder zusammentrete. Aber der Zusammentritt selbst sei gewiß.

Im weiteren Verlauf der heutigen Schlußsitzung der Weltwirtschaftskonferenz fraate der sowjetrussische Vertreter, Vatschauer Matka, „was hat die Konferenz getan?“ und gab die Antwort darauf: „Absolut nichts!“

Staatssekretär Cordell Hull verlas eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt an den Präsidenten der Weltwirtschaftskonferenz Macdonald. Roosevelt betont, daß die Nationen der Welt weiterhin gegenseitige Probleme mit Offenheit und ohne Verheimlichung erörtern könnten. Ergebnisse seien nicht immer allein in formellen Uebereinkünften zu sehen. Wir in den Vereinigten Staaten, so heißt es weiter, verstehen die Probleme anderer Nationen heute besser als vor dem Zusammentritt der Konferenz, und wir hoffen, daß andere Nationen in demselben Geist des guten Willens unsere amerikanische Politik betrachten, die die Ueberwindung unserer noch nicht beseitigten Wirtschaftskrisis im Innern erstrebt. Roosevelt hebt hervor, daß er die Weltwirtschaftskonferenz nicht als einen Fehlschlag ansieht.

Es sprach auch Herr Dr. Schacht für Hitler-Deutschland. Er sprach allerdings nicht, wie die Nazis im Innern Deutschlands zu reden pflegen, sondern er sprach wieder einmal von der „Förderung der internationalen Zusammenarbeit“ durch die deutsche Nazi-Regierung.

Nach Dr. Schacht bemerkte der tschechische Botschafter Masarik, die Unterzeichnung der Angriffsdefinition bilde einen wichtigen Schritt zum Frieden und der loyalen Zusammenarbeit der Nationen.

Ohne Feindschaft

Französische Stimmen

Paris, 28. Juli. Der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, die gestern ihre Pforten geschlossen hat, meint die französische Presse keine Träne nach. Die Blätter begrüßen es, daß die Konferenzteilnehmer wenigstens so ehrlich gewesen sind, keine falschen Ausflüchte zu suchen, was als Novum in der Geschichte der Nachkriegskonferenzen verzeichnet zu werden verdiene, und daß man im Grunde genommen sich ohne Feindschaft trenne. Die Konferenz scheint, so erklärt „Journal“, kein Unheil angerichtet zu haben, was man von sehr vielen Konferenzen nicht sagen kann. — „Le Nouvelliste“ nimmt für die französische Delegation das Verdienst in Anspruch, durch Verteidigung des Goldstandards nicht nur den Interessen Frankreichs, sondern auch der ganzen Welt genutzt zu haben. Als greifbarstes Ergebnis der Konferenz bezeichnet „Leit Journal“ die Bildung einer Staatengruppe mit Frankreich als Mittelpunkt, die den Grundlag der Ordnung verleihe. Ueber die Möglichkeit eines evtl. späteren Wiederanknüpfens der Konferenz scheint sich nur noch Kolonate Illusionen zu machen. Das Blatt nennt die gestrige Vertagung einen Zwischenakt.

Die Verfolgten

65 000 Juden aus Deutschland emigriert

Dortmund, 28. Juli. (Inpres.) Der Kreisleiter des Kampfbundes für deutsche Kultur, Marquard, teilte in einer Versammlung mit, daß im letzten Halbjahr 65 000 Juden aus Deutschland ausgewandert sind.

Chamberlain sagt:

„Diesem Deutschland kein Entgegenkommen!“

Genf, 28. Juli 1933. (Zusa.) Das „Journal des Nations“, offizielles Organ des Völkerbundes, veröffentlicht einen Artikel des bekannten englischen Politikers Sir Austen Chamberlain, betitelt: „Durch eine Politik der Drohungen und Gewalttätigkeiten wird Deutschland von England keine Konzessionen erhalten.“ Wie unser Genfer Korrespondent, Viktor Friedman, berichtet, hat der Artikel in den Völkerbundkreisen großes Aufsehen erregt. Wir entnehmen ihm folgende Stellen:

„Ich bin tief entsetzt von dem, was gegenwärtig in Deutschland vorgeht. Zweifellos deshalb, weil ich während vier oder fünf Jahren intensiv dafür gearbeitet habe, daß Deutschland seinen normalen Platz im Kreise der Nationen wieder einnehmen. Ich sehe nun alle meine Hoffnungen wenn nicht vernichtet, so doch hinausgeschoben, beiseite durch den neuen Geist, der in Deutschland herrscht. Locarno blieb während einer gewissen Zeit das Symbol des Friedens und der Versöhnung, aber im neuen Deutschland ist der Name Stresemann nicht respektiert. Locarno ist nur mehr der Ausdruck eines Schimpfs. — Solange die in Deutschland gehaltenen Reden und seine Propaganda drohend, brandstiftend, tendenziös und einseitig sein werden, darf es nicht erwartet werden, daß jene, die sich durch diese Propaganda bedroht fühlen, abräumen und ihm eine bessere Angriffsposition einräumen! Die Gewährung von Konzessionen hängt nicht von England, sondern von Deutschland ab, das verstehen muß, daß durch seine flammenden Aufrufe an das eigene Volk die Verwirklichung seiner Wünsche hinausgeschoben wird.“

London, 28. Juli. (Zusa.)

Die englische Arbeiterpartei veröffentlicht aus der Feder von Arthur Henderson eine Broschüre über die Außenpolitik der Labour Party. Ein großer Teil der Schrift ist den Fragen der Abrüstung und der Revision der Friedensverträge gewidmet.

Henderson fordert die Schließung sämtlicher privater Waffenfabriken, die Auslösung aller bestehenden Armeen und ihre Erlegung durch eine internationale Polizei unter der Kontrolle des Völkerbundes.

In Bezug auf die Revision der Friedensverträge schreibt Henderson wörtlich: „Die friedliche Revision der Verträge steht ihre prinzipielle Einhaltung durch die Autorisierten voraus, bis zum Zeitpunkt, da sie durch gegenseitiges Abkommen die gewünschte Revision erreicht haben werden.“

Hitler in Angst

Er liebt Blumen nicht . . .

Berlin, 28. Juli 1933. (Fig. Ber.)

Bereits vor einigen Monaten wurde eine amtliche Hitler-Bekanntmachung erlassen, monach es verboten wurde, den „mächtigen Führer“ mit Blumen zu bewirten — aus der Angst, es könnte abgesehen werden, die Köpfe vorher zu entfernen! Nunmehr hat Hitler gestern nochmals das gleiche Verbot herabgegeben und über den ganzen deutschen Bundesfunk verbreiten lassen — er traut der Liebe um angeblichen „Vollständer“ so sehr, daß er fürchtet, sie könne sich allzu „explorativ“ äußern!

In die richtige Beleuchtung gerät diese weibliche Durchsicht Hitlers aber erst durch die Darstellung eines englischen Blattes: Ein Spezialberichterstatter von Reynolds illustriert News berichtet über die Hitlerdemagogie, die Aufmerksamkeit und meldet, daß jedermann, der ihn kennt, von seiner persönlichen Feindschaft überzeugt ist, daß Hitler fortwährend zwischen Putzfrauen, Tränen und Angstschreien hin und her taumelt und zwischen den einzelnen Anfällen unumgängliche Mengen von Auserwerf und lächerlichen Verhüllungen, die er allerdings heimlich unterzucht, um nicht giftige Schwärze einzunehmen.

„Jede Nebenaktion“ verboten

Nachdem die Gewerkschaften geraubt wurden! Presseverbot!

Berlin, 28. Juli 1933. (Fig. Ber.)

Der Reichsarbeitsminister, Stahlhelm Erdie, hat eine Rundgebung erlassen, die die Abbläsung der Revolution auch für die „Trennhänder der Arbeit“ bedeutet. Amtlich wird befohlen, diese Rundgebung an erster Stelle der am 28. Juli zuerst erscheinenden Ausgabe aller deutschen Zeitungen zu veröffentlichen. Dies ist ein neues Dokument der Wendung zum reaktionärsten Kapitalismus und der Ausfaltung auch der NSDAP. Sie lautet:

„Die Rundgebung des Herrn Reichsanzlegers über den Abschluß der deutschen Revolution, die Mitteilungen des Herrn Reichsministers des Innern, der schärfste Maßnahmen androhung gegen unbesetzte Eingriffe in die Wirtschaft und gegen Mißachtung von Anordnungen der Träger der Staatsautorität, sind allen Dienststellen in Reich und Ländern bekanntgegeben worden.“

Im Anschluß daran hat der Herr preussische Ministerpräsident für den Bereich seiner Verwaltung befohlen, daß Kontrollen der Staatsverwaltung oder gar Eingriffe in sie durch ansehende Personen in Zukunft verboten sind. Derartige Versuche sei mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Demzufolge erwartet ich, daß auch in meinem Arbeitsbereich die Autorität der Reichsregierung unter allen Umständen sichergestellt bleibt und jeder Versuch, sie zu erschüttern, unterbunden wird. Insbesondere verweise ich aus den Ausführungen des Herrn Reichsanzlegers auf zwei Punkte:

1. Jede Nebenaktion, möge sie herkommen woher sie wolle, muß zurückgewiesen werden.
2. Keinerlei Organisation oder Partei stellen irgendwelcher Art dürfen sich Regierungsabermächtigungen anmaßen, Personen ablegen und Kommandos befehlen.

Wie in Bezug auf die Wirtschaft allein der Herr Reichswirtschaftsminister, so ist auf dem Gebiet der Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums allein der Reichsarbeitsminister zuständig.“

Triest gegen Hamburg

Ein Konkurrenzkampf

Das österreichische Handelsministerium beabsichtigt, einen 10prozentigen Vorzugszoll für Kaffee- und Teelieferungen, die aus Triest nach Desterreich gelangen, zu gewähren. Englische Exportfreie unterstützen das Projekt, Triest für eine Reihe von Ländern als Exporthafen an Stelle Hamburgs treten zu lassen, aufs wärmste.

Hinter Deutschlands Gittern

Ein aus der „Schutzhaft“ Entronnener erzählt

Die tschechoslowakische „Räder-Zeitung“ in Karlsbad (Nr. 154) veröffentlicht folgenden Bericht:

—N. Ein erst kürzlich zurückgekehrter Schutzhäftling, ein tschechoslowakischer Staatsbürger aus Engelsdorf im Bezirk Friedland, dessen Namen unserer Reichenberger Redaktion bekannt ist, erzählt uns über seine Erlebnisse in Deutschland. Wir lassen diesen Schutzhäftling selbst sprechen:

Am 11. März d. J. wurde ich in Schönfeld bei Ostroh verhaftet, trotzdem ich meinen Pass in Ordnung hatte, tschechoslowakischer Staatsbürger war, keinerlei Passvergehen oder dergleichen gegen mich vorlag. Nach meiner Verhaftung wurde ich in das Amtsgericht in Ostroh befördert, woselbst ich einen Tag verblieb. Von hier ging es in das Amtsgericht in Bittau, wo ich sechzehn Wochen verblieb. Von hier beförderte man mich in das Braune Haus (heut Hermann-Wöring-Haus) nach Eßau, hier verblieb ich vierzehn Wochen. Danach folgte mein Transport ins Arbeitsdienstlager nach Kupferhammer für dreieinhalb Tage, dann Weitertransport nach dem Arbeitsdienstlager Schloß Heinevalde, woselbst ich bis zu meiner Freilassung, also zweieinhalb Wochen, verblieb. Als Ausländer wurde ich verhältnismäßig gut behandelt, doch hatte ich als Schneider einen großen Verdienstaufschlag, da gerade die Arbeit über Ostern und Pfingsten die Haupteinnahme des Jahres darstellt. Meine Frau und vier Kinder mußten während dieser Zeit von zwei Geschwister und drei Mitschwestern die Woche leben und hätten verhungern müssen, wenn sich nicht andere Leute ihrer angenommen hätten. Doch dies alles nur so nebenbei.

Die Hauptklage ist, all das Ungehörliche anzugeben, was ich während der Zeit meiner Inhaftierung erlebt habe.

Schon im Amtsgericht in Bittau, wo die Gefangenen brutaler behandelt wurden wie die gemeinsten Verbrecher, erhielt ich durch die Erzählungen der Gefangenen einen Vorgeschmack vom Dritten Reich. Ich sage Vorgeschmack, denn das, was ich nun im Braunen Hause in Eßau sah, erfüllte mich mit Entsetzen. Von Eßau bis Heinevalde schloß ich mich nicht mehr wie in einem Kulturhaus des 20. Jahrhunderts, sondern wie in der Zeit der schlimmsten Barbarei, im finsternen Mittelalter. Die SS-Mannschaft, die hier die Gefangenen wachhaft behandelte, war aus Breslau und war in die Uniform des Stillerer Nordsturms 102 gekleidet. Zu der Zeit befanden sich im Braunen Hause 176 „Schutzgefangene“. Diese armen Menschen wurden zu allen möglichen Arbeiten, wie Räumung der dortigen sozialdemokratischen Druckerei und Beseitigung der demolierten Gegenstände verwendet.

Das Unpöndliche war, daß die Gefangenen zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Reinigung aller durchfahrenden Autos und Motorfahrzeuge für die Nazis und ihre Geldgeber verwendet wurden. Noch nachts um 12 Uhr wurden sie zum Gaudium der SS und der darin sitzenden Spitzer zum Putzen der Autos gezwungen.

Eine beliebte Methode, die Gefangenen zu quälen, war folgende: Die SS- und SA-Beschmutzten sich ihre Schuhe und Kleidungsstücke und dann mußten die Gefangenen so lange putzen und waschen, bis alles wieder rein war. Die Mißhandlungen waren so fürchterlich, daß ich mindestens 15 Personen feststellen konnte, denen das Gesicht zertrümmert war, daß man einige Finger in die Wunden hineinstecken konnte. Manche konnten nur mit Stöcken sich mühsam fortbewegen. Zwei Gefangene, einer aus Ebersdorf in Sachsen und ein

roler Sportler aus Niederfurnersdorf bei Eßau, Heinz Goldberg, im Alter von 29 Jahren, der eine Frau mit drei Kindern hinterließ, wurden von diesen Banditen im Keller des Hauses erschossen. In Schutzhaft waren Personen im Alter von 15 bis 70 Jahren. Ich sah unter den Schutzgefangenen sogar einen 100prozentigen Kriegsinvaliden, dem beide Beine fehlten, einen früheren Eisenbahnbeamten aus Ebersbach in Sachsen. Das sollte wahrscheinlich der „Danke des Vaterlandes“ für seine Helden sein, wie sich Hitler und Göring immer auszudrücken beliebten. Schlafen mußten die Schutzgefangenen auf Papierabfällen.

Vür 176 Gefangene waren nur 20 Eßchalen vorhanden. Statt Spaziergängen gab es nur Zwangsexerzieren.

Bezeichnend für diese Nazi-Kultur ist, daß sich auch deutsche Lehrer in Schutzhaft befanden, die mißhandelt und einer von ihnen sogar die Stiege hinuntergeworfen wurde. Ständig wurden die Gefangenen mit Ohrfeigen traktiert, wobei sich einige tschechoslowakische Nazis am rabiatesten benahmen. Bücher aus Arbeiterbüchereien, sowie Schränke wurden als Zielscheibe benützt und nachher verbrannt. Der Abtransport erfolgte von Eßau mit den von Nazis gestohlenen Autos. Gefahren wurden nur die Krankgeschlagenen, die anderen mußten sechs Stunden weit marschieren, wobei sie unter Drohungen Nazilieder singen mußten. Im Arbeitsdienstlager Heinevalde war das Essen bedeutend schlechter, man erhielt täglich ein Pfund Brot, ein Viertelpfund Margarine nebst schwarzem Kaffee und ein elendes Pflaster zu Mittag. Die Arbeit begann früh um halb 8 Uhr und dauerte mit zweifündiger Unterbrechung bis abends um 5 Uhr.

Die Gefangenen wurden zum Pflegen und Eggen vor die Ackergeräte gespannt, um so dem verlotterten Rittergutsbesitzer sein Gut zu bestellen.

Dabei wurden sie von 10 SA-Leuten bewacht. Diese Arbeit mußte bei ungenügender Kleidung in zerrissenen Schuhen bei jeder Witterung verrichtet werden. Die Gefangenen mußten sich abends um halb 8 Uhr noch einmal bei ihren Peinigern melden. Dafür mußte eine jede Heimatgemeinde des Häftlings pro Tag zwei Mark zahlen. Die Handwerker erhielten für ihre Arbeit nichts. Da ich Schneider war, mußte ich, nebst anderen Berufscollegen, für die Firma Wenzel aus Groß-Sachsen Naziuniformen nähen. Das Geld hierfür steckten die Nazisführer ein. Alle Gefangenen mußten wöchentlich zweimal abwechselnd den katholischen und evangelischen Gottesdienst besuchen. Jede Uebertretung dieser Lagerordnung wurde mit Entzug des Rauchens, mit Zwangsexerzieren usw. bestraft.

Die Besuchszeit für nur ganz nahe Angehörige betrug nach Einsetzung eines Gefangenen nebst 45 Pfennig innerhalb fünf Wochen, fünf Minuten.

Sprechen durften die Gefangenen in einem Raume unter Beisein von vier Mann Bewachung, wobei sie voneinander durch eine Tischbarriere von drei Meter Breite getrennt waren. So verließ ich Heinevalde — das Arbeitsdienstlager — das Schloß, an dessen Vorderfront zur höheren Ehre des deutschen Reichstums sich ein Hakenkreuz aus lauter Glühbirnen befindet.

Damit endet mein Bericht, für den ich mit meiner Person einstehe!

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Ereignisse und Geschichten

Sie sitzen am braunen Bronnen Hans Heinz Vampir und Bienchen Maja

1. „Meine Mutter war unteu...“ Eines der feinsten Aciere

Der Arierparagraf des Dritten Reiches ist im Interesse der Rassenreinheit sehr streng. Ist die Mutter Christin, der Vater aber Jude, so ist das aus dieser Ehe hervorgegangene Kind ein „Bastard“, ein Judenhämmeling, ein verachtenswertes Individuum — mit einem Worte ein Staatsbürger zweiten Ranges. Aber auch in diesem Falle besteht eine Möglichkeit, daß der Sproh aus einer solchen Mischebe zu einem vollwertigen Bürger avanciere, wenn er nämlich die notwendige Gemeinheit besitzt, die einen jeden echten Nationalsozialisten auszeichnet.

Arnold Bronnen, der Verfasser einiger schlechter Kriegseromane, ist seit einigen Monaten, seit der Machtübernahme durch Hitler, ein überzeugter Nationalsozialist. Er verstand es auch, im Münchener Braunen Haus Fuß zu fassen, ja selbst in Hitlers nähere Umgebung einzubringen und ein Vertrauensmann des Himmlers zu werden.

Seine Karriere schien im Dritten Reich gesichert zu sein, aber da passierte ihm ein kleines Unglück. Es kam der verächtliche Arierparagraf und die Aktion zur Ausrottung der Judenhämmelinge machte selbst vor dem Braunen Hause nicht halt. Auch Arnold Bronnens Rassenreinheit wurde einer näheren Untersuchung unterzogen, und da kam alles ans Tageslicht. Es stellte sich einwandfrei heraus, daß Arnold Bronnen mit seinem bürgerlichen Namen Arnold Bronner heißt und daß er aus Währisch-Odrau stammt. Seine Familie besteht aus lauter reichen jüdischen Schnapsfabrikanten. Seine Mutter ist allerdings eine Christin. Aber was ist? Bronnen mußte das Braune Haus mit Schimpf und Schande verlassen.

Arnold Bronnen war tief unglücklich. Sein nationalsozialistisches Herz schlug immer stärker und härter und er wollte nicht einsehen, warum er, ein seit sechs Monaten überzeugter Nazi, nun plötzlich ein als im Dritten Reich verachteter Jude sein Leben bis zu dem unausbleiblich nahen Tode weiterstricken soll.

Er sann nach Abwehrmaßnahmen, und endlich nach zwei Monaten langem Grübeln hatte er eine Idee, vor dessen Gemeinheit selbst die Herren des Dritten Reiches den Hut zogen.

Er suchte die zuständigen Stellen auf und gab eine ganz eigenartige, an Gemeinheit unübertreffliche Erklärung ab. Er erklärte eideschwurhaft, daß er, wenn auch sein Vater ein Jude ist, dennoch ein reinrassiger Arier sei, denn... Und nun sprach er ganz im Sinne von Hunnen-Deutschland:

Seine Mutter hätte seiner Zeit die eheliche Treue nicht immer gehalten; sie hätte die Ehe neun Monate vor seiner Geburt mit einem reinrassigen Arier gebrochen. Der Sproh dieses Ehebruchs sei er — Arnold Bronnen.

Er ist also ein reinrassiger Arier und als solcher hat er das Recht, im Dritten Reich eine Führerschaft einzunehmen.

Nun war der Tatbestand sonnenklar. Hitler und seine Henkerstrolche sahen reumütig ein, daß sie nicht das Recht hatten, an Arnold Bronnens Arierium zu zweifeln und nahmen ihn wieder in ihrer Mitte auf. Der Mann, der seine Mutter öffentlich des Ehebruchs beschuldigt, um sich dadurch Vorteile zu schaffen, ist entschieden würdig, ein Führer des Dritten Reiches zu sein.

2. Vampir, zu Jüdinnen hingezogen

Der Fundvogel des Dritten Reichs

Hans Heinz Ewers, Autor der Romane „Fundvogel“ und „Vampir“ und der nur auf Weisheit spekulierenden „Alraune“ aber auch des von Hitler approbierten „Hors-Besse“-Romans, einer der widerlichsten Konjunkturritter des „Aufbruchs ins Dritte Reich“, dürfte wohl nicht gern an einen Anlauf erinnert werden, den er in dem Buch „Judentaufen“, in dem Werner Sombart im Jahre 1912 eine Reihe von Aufsätzen über dieses Thema (bei Müller, München) veröffentlichte, der Ewigkeit überließ. Damals schrieb Hans Heinz Ewers noch ganz anders, und wir wollen mit einigen Proben die Erinnerung auffrischen:

„Und mich denkt, daß das Beispiel der beiden Dichter und ihrer Kinder zur Evidenz beweist, wie völlig gleichberechtigt die germanische und die jüdische Rasse ist, wenn schon ein Tröpflein Blutes genügt, dem Rassegefühl Ausdruck zu verleihen.“

„So erscheint mir die möglichst enge Assimilation die-

ser beiden Rassen sehr erwünscht, sowohl für uns Deutsche, wie für die Juden.“

„Ich bin durchaus kein Chauvinist, ich habe vielmehr meinen Patriotismus erst auf langen Reisen in allen Weltteilen erworben, ja, ich muß sagen, daß ich mich gegen eingelebte „humane Menschheitsgedanken“ erst in Jahren zu meinem Deutschtum durchgekämpft habe. Die einzige Rasse aber, die ich der meinen als gleichberechtigt anerkennen muß, ist die jüdische.“ (Seite 37.)

„Es ist durchaus kein Zufall, daß gerade die geistig hochstehenden Deutschen sich so oft zu Jüdinnen hingezogen fühlen, während umgekehrt die kulturell entwickelten Juden sich physisch wie psychisch der blonden Germanin zuwenden; bei den Frauen ist das ganz ebenso. Die Entwicklung geht ganz von selbst vor sich, und sie ist, da die Natur sie will, ganz gewiß erwünscht. Da sie nun einmal da ist, so soll man ihr alle Wege ebnen, nicht aber, wie es wohl oft genug geschieht, ihr Steine und Knüttel vor die Füße werfen.“ (Seite 38.)

So schrieb Hans Heinz Ewers damals. Damals spielte er noch mit Alraune, saugte mit Vampiren und sah mit Jüdinnen beim Tee. Heute ist er rassistisch ertüchtigt und ergiebt seinen grauwilden Kritik in die heiss offenen Becher nationalsozialistischer Legenden, die das Ohr der Zeit und die Münze der Konjunktur besitzen.

3. Bonsels summt ums Hunnenkreuz

Der zarte Lyriker hat Sinn für den Gummiknüppel

Die gleichgeschalteten deutschen Schriftsteller haben in Waldemar Bonsels einen neuen Geistverwandten der braunen Barbarei erhalten. Dieser Lyriker verträumte Reichtum galt bisher als viel zu differenziert und vornehm, um in die plebejischen Niederungen politischer Erkenntnisse herniederzusteigen. Da nun im Dritten Reich ein „Kulturmannsentum“ erwacht ist, erwacht im warmen Süden auch der Dichter der „Viene Maja“, beginnt seine parfümierten Demdärme hochzukreischen, um sich mit hinterhältiger-trennberziger Biederkeit im „Hakenkreuz-Proletariat“ den Nazis vorzusetzen. Er sieht fern vom „Brennpunkt der Geschichte“ auf Capri, der Insel der gleichgeschalteten Seligen, und hat keine Ahnung von der Kerkerluft der Konzentrationslager. Aber vielleicht erhebt er gerade deswegen seine lyrische Stimme. In einem Artikel der Berliner „Kreuzzeitung“, „Vorkehrung und Auswirkung“, betitelt, verliert der seltsame Märzsozialist in aktuellem Tiefstimm zu machen.

Er sei, so schreibt Bonsels, durch zahllose Zuschriften (angerechnet den Vergessenen auf Capri) haben sich die Unbekannten ausgesucht zu einem klammernden Protest aufgefordert worden; der Ungeist verdränge den Geist, deutsche Kulturgüter seien in Gefahr, das Mittelalter lehre zurück. „Gerade das Gegenteil werde ich tun“, heißt es unmittelbar darauf.

Und dieser Schriftsteller in den Reihen der Konjunkturritter hat wohl im „Stilischen Beobachter“ von dem „mittelalterlichen Orientismus um die Schreiterhäuser der deutschen Kultur“ gelesen, denn er nennt diese Maßnahmen jugendlicher Gemüter eine Proklamtion, eine symbolische Handlung, eine Kundgebung der Herausbrängenden, das Götze, Wahre und Erhabene hochzusetzen und das Richtige und Schädliche in der Literatur zu verdammen.“

Der beliebte Waldemar scheint also seine Leute zu kennen und weiß, daß sie die ganze schöne Literatur nicht frent, wenn sie sie nicht auf einen Scheiterhaufen werfen können. Ja — so sind sie, die auf hohen Aoiduren einherziehenden Rechten Menschen, die nach jeder Entscheidung seine auszuweichen sind. Menschen, die noch immer vornehm näselnd im Hintergrund sich unterstellen, während die wahren Repräsentanten der deutschen Weisheit ihre ganze Person für das einsetzen, was sie als wahr und notwendig erkannt hatten.

Nachdem Waldemar Bonsels, in beschöner Gestimmung schäumend, einige diskrete Warnungszeichen aufgepflanzt hat (... nicht alles, was deutsch ist, ist ein Hakenkreuz), empfiehlt er schließlich den Nazis mit herzlicher Stimme mehr Humor und Güte, um, und dies ist der Zweck seiner allzu billigen und allzu zweckbewußten Einschränkungen, schließlich mit Stentorstimme zu behaupten, daß „öffentliche Kritik geduldete Gültigkeit behält“ — und bekennt zum Schluß: „Es ist nicht richtig, daß man heute in Deutschland seine Gedanken nicht äußern darf.“

So ist Waldemar Bonsels brauner Voriker geworden. Seine braune Biene Maja sucht Nestlar im „freien Dritten Reich“.

Stechschritt-Professoren

Im Berliner Grunewald veranstalteten die Universitätsprofessoren gemeinsam mit den Studenten einen — Gepädmarsch in Uniform.

Und wenn der ganze Erdball laßt:
Das Hakenkreuz durchgedrückt,
Marschierst der Volkart in die Schlacht —
Und seht, wie es vortrefflich glückt!

So wird die Sehnsucht doch gestillt
Die stumm in seinem Herzen ruht,
Der Antierian sieht ungeliebt
In seinem rassenreinen Blut.

Was löst ihn Geist und was Kultur?
Die Brust heraus, den Bauch hinein
Der Stechschritt wird zur Padekur
Für so ein Stadenhoderichswort!
Gepädmarsch, durchgedrückter Schritt —
Die Professoren sind „erwacht“,
Sie schleppen ihre Schande mit
Gepäd, das niemand Ehre macht!

Fig.

Ohne Marx geht es nicht

Es bleibt in wissenschaftlichen Bibliotheken

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Kultusminister in einem an die Universitäts-, Hochschul- und Akademielbibliotheken gerichteten Rundschreiben darauf hingewiesen, daß für die wissenschaftlichen Bibliotheken die Beschlagsnahme oder Vernichtung jüdischer oder marxistischer Literatur nicht in Frage kommt. Der Ausleihung dieser Literatur soll aber in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Sie darf nur noch erfolgen, wenn der Entleiher den Nachweis führt, daß er die Bücher zu ernster wissenschaftlicher Forschungsarbeit benötigt. Auch der preussische Minister des Innern hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Büchereien entsprechende Anweisung gegeben.

Arbeitersänger nicht gleichgeschaltet

Der Deutsche Arbeitersängerbund in Berlin (DAS) mit seinen 10000 Mitgliedern und einer vierzigjährigen, großartigen und erfolgreichen Kulturarbeit hat zu bestehen angeht. Das Kultusministerium hatte dem DAS die Gleichschaltung angetragen, das Aufgehen in die staatliche Sängerbewegung, die natürlich nur Hakenkreuzlerischer Prägung sein darf. Während der Deutsche Sängerbund mit liegenden Bahnen übergegangen ist, hat es der DAS, ein in einem abgelehnt, sich gleichschalten zu lassen. Da aber ein weiteres Arbeiten im Interesse des Kulturlebens der Arbeiter im Deutschland der Konzentrationslager und Kerker nicht mehr möglich ist, wurde gleichzeitig die Liquidation des DAS beschlossen. Damit hat dieser den in dieser Situation für Sozialisten einzig gangbaren Weg gewählt und ist in Ehren gestorben.

Wenige Wochen Hitlerismus haben einer glänzenden Bewegung im deutschen Kulturleben ein Ziel gesetzt — vorläufig, bis auf weiteres.

Die Arbeiter werden sich ihr eigenes Kulturleben wiedererobern, nicht nur in ihrem Interesse, sondern in dem für die gesamte Menschheit.

Schauspielertournee verboten

Eine Auslands-tournee von Schauspielern der preussischen Staatsbühnen, die von den Nazis entlassen worden sind, wurde, trotzdem die Schauspieler arbeitslos sind, durch Verweigerung der Ausreisefreilassung unmöglich gemacht.

Blinder — keh' vor der Tür!

Der Frankfurter Blindenverein hat seinen Mitbegründer, den jüdischen blinden Arzt Dr. Gabn, ausgeschlossen. Alle jüdischen Blinden sind aus den Mitgliederlisten gestrichen worden.

Börse wird arisch

Am 30. September erlösen sämtliche Börsenzulassungen der Berliner Börse. Ausgeschaltet werden sollen laut offizieller Meldung „Elemente, die nach Herkunft, Gesinnung und Betätigung nicht an die Börse gehören.“

Der Zusammenstoß

Drei der Handlung: Gerichtssaal. Publikum sieht gelangweilt da und folgt den Vorgängen vor dem Richterisch ziemlich teilnahmslos. Die meisten kamen, um der für 10.30 Uhr anberaumten Verhandlung über den Zusammenstoß auf der Untergrundbahn beizuwohnen. Endlich ist es so weit. Der Gerichtsdienster ruft: Willi Lehmann und Genossen. Und herein strömt besagter Willi, gefolgt von ein paar Männern, denen man es sofort anmerkt, daß sie Beamte des Dritten Reichs sind. Nicht nur an den mohrtisch-braunen Uniformen... Gedrückt, verprügelt, getreten haben sie sich dem Richterisch. Nach Annahme der Personalien beginnt die Verhandlung.

Staatsanwalt: Willi Lehmann. Sie wissen, was Ihnen zur Last gelegt wird. Sie haben den Zug Nr. 2074 durch Unachtsamkeit, ja durch grenzenlose Leichtfertigkeit zum Entgleisen gebracht. Im Dritten Reich ist für solchen, deistischer Wesenart völlig fremden Leichtsinns kein Raum... Danken Sie Ihrem Schöpfer, daß das Rasseamt eintend festgestellt hat, ...

Lehmann: Aber, ich habe...

Staatsanwalt: Schweigen Sie... Sie haben den Zug zum Entgleisen gebracht... Und das genügt. Sie haben ihn abfahren lassen in einem Augenblick, da Sie genau wußten, daß die Ausfahrt nicht frei war. Und diese sträfliche Handlungsweise, dieses dem Germanen völlig artfremde, die Staatsautorität mit Füßen tretende Wesen, das seit der nationalen Erhebung, im Sinne anderer allseits hochverehrten Herrn Reichsanzüglers, von uns bekämpft, zerknüpft, vernichtet wird, verlangt nach strengster Bestrafung.

Lehmann: Ja, aber... ich habe...

Staatsanwalt (brüllend): Was haben Sie? Das Zeichen zum Abfahren haben Sie gegeben... Sie haben es aber viel zu früh gegeben... Das ist es... (liest aus dem Strafgesetzbuch alle diesbezüglichen Paragraphen vor).

Lehmann (zieht indessen einen ganz zerknütterten Zettel aus der Tasche, entfaltet, starrt ihn...)

Staatsanwalt (mit überschnappernder Stimme): Angeklagter... Sind Sie des Teufels? Was tun Sie denn da?

Lehmann (stotternd): Ich... Ver-ver-verzeihung...

aaa—ber eine... Ver-ver—Verordnung der Reichsbahn-ver-verwaltung...

Staatsanwalt (reißt ihm den Zettel aus der Hand und liest): „Die Verwaltung der Reichsbahn ordnet hierdurch, mit sofortiger Wirkung, an, daß mit Rücksicht auf die Verbundenheit der deutschen Reichsbahn mit Reich und Volk sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienste durch Erheben des rechten Armes zu grüßen haben.“ Na, und...?

Lehmann (schnell): ... und da ist der Frihe gekommen... gerade von der andern Seite des Bahnhofs... und da da' id natierlich vorchristlichmäßig mein' rechte n Arm zum Hitlergruß erh'o'm. Uff einmal sieht's nuck und der Buch setzt sich in Bewegung. Paar Minuten später ist er passiert. Heil Hitler.

(Erschüttert zieht sich der Gerichtshof zurück. Nach kurzer Zeit kam er wieder und — sprach Lehmann frei.)

Rachspiel: Einige Tage darauf erhielt Lehmann seine Beförderung zum Obergauleiter der SA und eine Verunsung ins Eisenbahnministerium.

Turl,

DAS BUNTE BLATT

TÄGLICHE UNTERHALTUNGS-BEILAGE

Aus einem Burschen wird ein Mädchen...

Eine Operation, die notwendig wurde

Auf der Apponyi-Poliklinik in Budapest wurde in diesen Tagen auf chirurgischem Wege ein junger Bursche in ein Mädchen verwandelt. Der Name des Patienten wurde zunächst verschwiegen, man erfuhr nur so viel, daß man ihn nach der Operation Gisela benannte. Die Operation dauerte länger als eine Stunde, sie gelang ausgezeichnet. Überraschungen sind bei dem heutigen Stande der medizinischen Wissenschaft bei einer solchen Operation nicht mehr zu befürchten. Das junge Mädchen liegt nun in einem Einzelzimmer, bis es vollkommen wieder hergestellt sein wird.

Gisela wurde von einem Journalisten aufgesucht, der sie als junges Mädchen mit langem, gewelltem Haar und Gesichtszügen von etwas männlichem Charakter beschreibt. Der Brustkasten macht jedoch den Eindruck eines jungen Mädchens im Pubertätsalter. Gisela war unruhig, nervös und klagte über Schmerzen. Die Klagen machten den Eindruck, als ob sie von einem schwachen weiblichen Wesen ausgingen. Gisela beruhigte sich aber bald und sprach dann mit normaler Stimme, die etwas knabenhaft anmutet, von ihrer Zukunft, vor der sie sich ängstigt, da sie nicht weiß, was aus ihr werden soll. Schließlich gab sie auch ihren früheren Namen preis. Sie hieß Aladar Kramer, ist achtzehn Jahre alt und stammt aus einer durchaus normalen Familie. Die Ärzte der Klinik erzählten, daß in der ganzen Welt nur zwölf solche Operationen durchgeführt worden seien.

Diese Nachricht darf etwa nicht so verstanden werden, als ob es sich um eine wirkliche Umwandlung des Geschlechtes gehandelt hätte. Die Operation wurde an einem jener Menschen vorgenommen, die in den Bereich der sogenannten sexuellen Zwischenstufen gehören. Darunter versteht man nicht nur die sexuell abartigen Männer mit mehr oder weniger stark ausgeprägten Merkmalen weiblichen Charakters und Empfindens und die abartigen Frauen mit männlichem Wesen; es gibt auch Zwischenstufen, deren körperlicher Typus nicht klar erkennen läßt, welchem Geschlecht sie angehören. Diese Menschen haben sich aus einer ursprünglich zweigeschlechtlichen Anlage nur unzureichend in der Richtung auf ein Geschlecht hin entwickelt. Es kommt nun häufig vor, daß dabei auch die äußeren Geschlechtsorgane ein abnormes Aussehen haben, das etwa ein männliches Geschlechtsorgan entsteht, das bei näherer Untersuchung seinen weiblichen Charakter erkennen läßt. Auch die Keimdrüsen im Körperinneren verraten mitunter eine andre Geschlechtszugehörigkeit, als einem so abnormen Kinde nach der Geburt ausgesprochen worden ist.

Kommt nun dazu noch beim herangereiften Menschen dieser Art der Wunsch, seinem Empfinden gemäß dem andern Geschlecht anzugehören, dann kann ein Irrtum, der von Kindheit auf bestanden hat, nicht nur durch Aenderung der Kleidung und anderen äußeren Geschlechtszeichen, sondern in manchen Fällen auch durch eine Korrektur auf operativem Wege vollzogen werden.

Nachtlied

Von Walter Lindenbaum

Ich bin so allein.
Ueber mir sind die Sterne, der Mond und die Nacht.
In mir ist die Sehnsucht nach Ruhm und nach Macht.
Und die Sehnsucht wacht.

Ich bin so allein.
Die Wellen, sie wandern zum großen Meer
Sie wandern nicht einzeln, sie sind ein Heer.
Allein ist es schwer.

Ich bin so allein.
Der Wald ist dunkel, der Strom verrauscht.
Der Wind hat heimlich mein Herz belauscht
Und hat es den Wellen ausgeplauscht.

Ich bin so allein.
Die Wellen, die Sterne, der Mond und die Nacht.
Sie haben mich alle so traurig gemacht.
Hat jemand gelacht? ...

Tuberkulosebekämpfung durch fliegende Röntgenlaboratorien

Aus Luzon, der größten und wichtigsten Insel der Philippinen, kommt die Nachricht, daß die Tuberkulose so überhandgenommen hat, daß zahlreiche Todesopfer unter den Eingeborenen wie auch unter den Eingewanderten, speziell den Verwaltungsbeamten, zu verzeichnen waren. Nun hat die Sanitätsbehörde, nach echt amerikanischer Art, sofort dieser Seuche entgegengetreten und sogenannte fliegende Röntgenlaboratorien eingeführt. Kleine fahrende Krankentransportwagen durchfahren nun die Insel, um dem schrecklich überhandnehmenden Uebel wenigstens einigermassen abzuhelfen. Von Manila, der Hauptstadt aus, werden die Arzneimittel auch mittels Bahn befördert. Es ist noch nicht festzustellen, was die Ursache der kolossalen Verbreitung der Tuberkulose auf Luzon ist. Die Eingeborenen, die Negritos, die durch prälatale Stämme ins Innere des Landes gedrängt wurden, und die jungen malaischen Stämme, die Tagalen, sind meist auf den Hanf-, Tabak- und Rübenfeldern beschäftigt. Es wird nun angenommen, daß durch die heuer sehr heißen Monsunwinde die Tuberkelbazillen leichter übertragbar waren, wozu noch kommt, daß die Konstitution der Malaien besonders für diese Krankheit infiziert. Die fahrenden Lazarette nehmen nun Tuberkulosereaktionen vor und die Ärzte machen die Beobachtung, daß fast alle Bewohner dieses Erdteils auf die Proben im positiven Sinne reagieren.

Römerfunde bei Pistoria

Bei den Ausgrabungen der letzten vier Wochen wurden in Pistoria bei Pistoria bedeutende Römerfunde in großer Zahl gemacht, darunter goldene Schmucknadeln, verzierte Glasschalen, Vasen aus Keramik und Bronze und vieles andre. Durch diese Ausgrabungen, die zusammen mit den früher erfolgten Funden in dem kürzlich neu eröffneten Pistorianer Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, wurde der Beweis erbracht, daß die römischen Legionen zeitweise bis in das obere Saagtal vorgedrungen sind, und die in der Ruine Trevisin eingemauerte Gedendafel, die Rommeln als echt anerkannt hat, bestätigt ja diese Tatsache. Die Ausgrabungen bei Pistoria werden weiter fortgesetzt und es ist zu erwarten, daß diese Arbeiten noch weiteres wertvolles Material zutage fördern werden.

Bleiben Sie wahnsinnig!

Vernünftig werden ist zu riskant

Im Jahre 1920 zeigte der Bahnresident Otto H. plötzlich Anzeichen einer schweren Geistesstörung. Er wurde entmündigt und pensioniert. Wenn man aber wahnsinnig wird, dann werden einem auf Grund der §§ 37 und 39 der Pensionsvorschriften zehn Dienstjahre mehr angerechnet als man wirklich hat. Das geschah auch im Falle H. Drei Jahre blieb er geisteskrank. Die Ärzte hielten ihn für unheilbar. Aber H. tat etwas sehr unvorsichtiges: er wurde wieder gesund und vernünftig.

Das aber war eine ausgesprochene Rarität. Denn: kaum hatten die Bundesbahnen erfahren, daß H. wieder mündig und bei voller Vernunft war, zahlten sie ihm weniger Pension. Er hatte auf die Anrechnung von zehn weiteren, tatsächlich aber nicht absolvierten Dienstjahren keinen Anspruch mehr. Und so bekam H. als Strafe dafür, daß er nicht mehr wahnsinnig war, um 115 Schilling im Monat weniger Pension als bisher. Andererseits hatte er aber auch keine Möglichkeit, seinen Dienst wieder aufzunehmen; seinen alten Arbeitsplatz hatte schon längst ein anderer inne und Neueinstellungen gibt es nicht. Der pensionierte Resident schien die Wahl zu haben, entweder auf 115 Schilling im Monat zu verzichten oder wieder wahnsinnig zu werden. Es war ja auch wirklich „zum narrenschicken“ werden.

Aber H. wollte weder das eine noch das andere. Er klagte. Und das Gericht hatte ein Einsehen: es entschied, daß der gesunde H. ebensoviel Pension bekommen muß, wie der geisteskranke H. erhalten hat. Diese für ihn so angenehme Entscheidung hat H. allerdings nur einer Lücke im Pensionsgesetz zuschreiben; es ist dort nämlich nicht vorgesehen, daß ein wegen Geisteskrankheit Pensionierter wieder vernünftig wird. Möglich, daß diese Lücke bald ausgefüllt wird. Dann müßte ein Pensionist, der aufhört wahnsinnig zu sein, wirklich ein Narr sein...

6000 Bräute mit Diplomen

Die größte Hochzeit der Welt

In Gharbin, der Hauptstadt der Mandschurei, wird zur Zeit eine der kuriosen Feiertlichkeiten, die die Welt je gesehen hat, vorbereitet. 6000 Paare werden demnächst durch einen einzigen festlichen Akt getraut.

Der Schwimmer durch den Niagara-fall

Sensationen um den größten Wasserfall Amerikas - Ein tollkühner Seiltänzer - Der Mann in der Sonne

Aus Niagara-fall im Staat Ontario kommt die Nachricht, daß es einem Mann von 18 Jahren zum erstenmal gelungen sei, den Niagara-fall zu durchschwimmen. Der Schwimmer stürzte sich auf der amerikanischen Seite des Flusses in den Fall, wurde wiederholt von den Strudeln mitgerissen, konnte aber trotzdem nach zweieinhalbstündigem schwerem Kampf das kanadische Ufer erreichen. Dort wurde er dann von der Polizei unter Anschuldigung der Vagabundage und der Uebertretung des Verbots, den Niagara zu durchschwimmen, in Haft genommen.

Dieses Verbot, den Niagara-fall zu durchschwimmen, besteht auf der kanadischen Seite schon aus der Zeit vor dem Kriege. Damals forderte der Rekordfimmel fast jeden Monat eines oder mehrere Opfer, denn der Niagara-fall hat jeden dieser kühnen Schwimmer getötet und oft bis zur Unkenntlichkeit zermalmt. Die Leichen wurden dann stets am kanadischen Ufer angeschwemmt und umständliche diplomatische Verhandlungen hatten seinerzeit stattgefunden, um ein beiderseitiges Schwimmverbot zu erlassen. Das ist aber nicht gelungen.

Der Niagara-fall stand schon oft im Zeichen tollkühner Sensationen. Seitdem er in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts für den Verkehr richtig erschlossen und als Sehenswürdigkeit weltberühmt wurde, wurde immer wieder versucht, ihn zum Schauplatz artistischer oder sportlicher Praxen zu machen.

Eine der größten Sensationen dieser Art war die Tat eines französischen Seiltänzers, der über den schmalsten Teil des Falles, dort, wo die Wucht am höchsten ist, ein Seil spannte und in Gegenwart von vielen tausend Zuschauern mit einer Balancierstange überquerte. Die Nachricht von dieser tollkühnen artistischen Leistung flog damals über die

ganze Welt. Bei ihrer Wiederholung waren die Reporter fast aller amerikanischen Blätter vertreten, auch Zeichner - Fotografen gab es damals noch nicht - haben den Vorgang im Wilde festgehalten. Das Interesse erlahmte dann schnell, als der Franzose den Seilgang jeden Tag wiederholte und eine dauernde Einnahmequelle daraus zu machen versuchte.

Nicht minder groß war die Begeisterung, als es am Ende des vorigen Jahrhunderts einem Manne aus Grund einer Wette gelang, den Niagara-fall in einer Eisentonne eingeschlossen lebend und ohne Verletzungen zu passieren, nachdem derselbe Versuch vorher mehreremal mit tödlichem Ausgang mißlungen war. Der Mann, dem es dann schließlich gelang, hatte umfangreiche Vorbereitungen mit einer leeren Tonne gemacht, deren Lauf er aufmerksam verfolgte, um sich dann von der richtigen Stelle die Wasserwand herabzulassen.

Nur das Schwimmen war nie gelungen. Es handelte sich dabei selbstverständlich nicht um den Versuch, schwimmend den 40 Meter tiefen Fall herabzugeschleppen, denn das wäre nachter Selbstmord, sondern unmittelbar unter dem Fall durch die furchtbaren Strudel und Schnellen zu gelangen.

Man darf schließlich nicht übersehen, daß der Niagara-fall unmittelbar vor dem Kriege bei der Anlage eines riesigen Kraftwerkes reguliert wurde und erheblich an Wildheit eingebüßt hat. Heute, die ihn von früher kennen, behaupten, daß der Fall nur noch ein Schatten seines früheren Selbst sei. Früher jedenfalls wäre die Fallniederung niemals schwimmend zu überqueren gewesen, denn jedes Stück Holz, das da hineingeriet, wurde zu Sägemehl und kleinen Splintern zerrieben.

Das Angebot

Von Jo Hanns Rösler

Und dies ereignete sich vor drei Tagen an dem Postschalter D des Postamtes 62 in der Verchenfelder Straße in einer frühen Nachmittagsstunde. Vor den Postschalter tritt ein Herr.

„Zwei Marken zu zehn.“ verlangt er.
Der Beamte nickt, löst umständlich zwei Marken vom Haken und schaut auf.

„Irre ich mich?“

„Wieso?“

„Dabei ist nicht das Vergnügen mit Herrn Mittelmeier?“

„Gewiß.“

Der Beamte nickt freudig:

„Wie geht es, Herr Mittelmeier? Wie steht das werbe Befinden? Alles gesund daheim? Frau und Kinder wohl?“

„Was macht das Geschäft?“

„Danke.“

„Hoffentlich bleibt das Wetter jetzt schön.“

Der Herr am Schalter wird ungeduldig.

„Hoffentlich.“ sagt er, „kann ich jetzt meine zwei Mark- haben?“

„Mit Vergnügen.“

Der Beamte sagt es, gibt aber die Marken nicht aus der Hand.

„Sont noch einen Wunsch?“

„Danke, Nein.“

„Vielleicht ein paar Postkarten?“

„Nein.“

„Marken zu fünf, zwanzig und dreißig?“

„Nein, Nein.“

„Vielleicht Paketadressen gefällig? Zahlkarten, Postan- weisungen?“

„Ich brauche wirklich nichts.“

„Kennen Sie schon unsere neuen Wohltätigkeitsmarken? Soeben herausgegeben. Hier sind sie. Wunder schön, nicht wahr? Der ganze Satz nur drei Mark. Darf ich sie Ihnen dazupacken.“

„Ich habe keine Interesse für Marken.“

Der Beamte legt den Satz zurück.

„Schade. Und wie steht es mit Telegrammformularen? Noch genügend Vorrat daheim?“

Der Herr wird krebströt im Gesicht.

„Geben Sie mir endlich meine Marken und lassen Sie mich ungeschoren!“

Der Beamte lächelt. Keine Kränkung steht in seinem Gesicht.

„Bitte sehr — wie der Herr Mittelmeier wünschen — viel- leicht ein anderes Mal — hier sind die Marken, zwanzig Pfennig bitte — wenn der Herr sonst noch etwas brauchen — wollen Sie sich nicht ein Postcheckkonto anlegen?“

Der Herr ist wütend abgegangen.

Die Kollegen umsehen nun staunend den Beamten.

„Was heißt das? Was soll das? Warum haben Sie das getan?“

Der Beamte atmet befriedigt auf.

„Aus Rache“, sagte er.

„Aus Rache? Wieso?“

Der Beamte senkt:

„Der Herr ist mein Friseur. Ich lasse m ... von ihm rasieren. Und jedesmal läßt er mich nicht früher aufstecken, bevor er mir nicht seinen ganzen Vorrat von Seifen, Kopf- wässern, Parfüms und Puder angeboten hat.“

Eine Stadt im Dritten Reich

Diese einfache und ergreifende Schilderung eines deutschen Flüchtlings ist kein Greuelbericht. Sie ist viel aufregender. Man erfährt das ungeheure Ausmaß der Tragödie, die über Deutschland gekommen ist, wenn man sie gelesen hat

Es gibt in Deutschland achtundneunzig Städte mit einer Bevölkerung von fünfzigtausend und mehr Menschen. In keiner von ihnen ist weniger, in fast jeder von ihnen mehr seit den Märztagen 1933 geschehen als in der einen, von deren Schicksal ich erzählen möchte.

Die Verlustrechnung an Menschen

Die beiden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sind verhaftet, mißhandelt und ins Konzentrationslager gebracht worden. Die Frau des einen liegt an den Folgen eines Selbstmordversuches danieder, die des andern wurde mit ihrem acht Monate alten Kinde wegen rückständiger Miete aus der Wohnung gejagt, da die Gemeinde jede Beihilfe versagte. Die Mutter und der Säugling werden von einem erwerbslosen Schuhmacher miternährt, der in der Woche für sich und seine Frau knapp sieben Mark Unterstützung erhält.

Von den vier sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten sind drei im Konzentrationslager, einer irrt die Landstrassen entlang. Zwei der Inhaftierten wurden von der SA gequält. Der dritte ist über seine engere Heimat hinaus bekannt, das hat ihn bisher vor dem Ärgsten geschützt. Die Tochter des einen Genossen wurde von der Schule verwiesen. Der Sohn eines der andern stand unmittelbar vor der Matura. Er wurde zur Reifeprüfung nicht zugelassen und — in Gegenwart und auf Veranlassung des evangelischen Religionsprofessors — von der Behörde der Anstalt blutig geschlagen. Am nächsten Tag relegierte ihn das Lehrerkollegium wegen „sittlicher Unreife“. Dem Schwiegerohn des Abgeordneten, der flüchten konnte, wurde von der Stadt — zur Strafe — mit sofortiger Wirkung der für ein Siedlungshaus gegebene Kredit gekündigt. Er hat das Haus, das er mit Frau, vier Kindern und einem arbeitslosen Schwager bewohnte, räumen müssen. Die drei Erwachsenen und die Kinder kampieren in einem Schrebergarten, der Genossen gehört. Der Landtagsabgeordnete, der zwar im Konzentrationslager ist, aber bisher nicht mißhandelt wurde, hat drei Kinder. Ein Junge ist arbeitslos, dem geschah nichts. Der andre ist Lehrling; die Firma löste den Lehrvertrag fristlos. Der Tochter, einer städtischen Fürsorgerin, wurde zum 30. Juni gekündigt.

Das Schicksal der dreiundzwanzig Stadtverordneten sei nur summarisch berichtet. Dem Rechtsanwalt, der der Fraktion angehörte, wurde die Vertretungserlaubnis vor den Gerichten entzogen und die Wohnung von Hilfspolizei demoliert. Den zweiten sozialistischen Juristen im Gemeinderat, einen Landgerichtsrat, entließ man nach vierzehnjähriger Dienstzeit ohne Pensionsanspruch aus dem Staatsdienst. Die Zulassung als Rechtsanwalt wurde ihm verweigert. Von den drei Lehrern der Fraktion sind zwei im Konzentrationslager. Gegen den dritten schwebt ein Verfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung. Der eine der beiden Gemeindebeamten, den die Sozialdemokratie ins Kollegium entsandt hatte, war von dem bürgerlichen Magistrat vor acht Jahren zum Amtsvorstand ernannt worden; jetzt wird er in seiner früheren Abteilung als Hilfschreiber mit Hilfschreibereinkommen beschäftigt. Dem andern, Vater von fünf Kindern und Ernährer seines erwerbslosen Vaters und eines Schwagers, wurde gekündigt. Andere Gemeinderäte — ein Straßenbahner, ein Kassenbote, ein Schriftfeger und ein Buchhalter — sind in Schutzhaft. Nur in einem Falle bekommt die Familie die ihr zustehende Wohlfahrtsunterstützung. Die Frau des Straßenbahners wurde wegen Mißhandlung des Kindes verhaftet. Gegen den verhafteten Buchhalter liegt nicht die geringste Anschuldigung vor. Seine Firma hat die Polizei um Auskunft, wie lange noch die Schutzhaft aufrecht erhalten würde. Man habe bisher — unter Schwierigkeiten — dem Angestellten den Posten offengelassen, länger ginge es nicht mehr. Die Antwort der Polizei: „Der Mann bleibt in Haft, bis sich die nationale Erhebung ganz durchgeführt hat.“ Gegen den Schriftfeger schwebt ein älteres Verfahren wegen eines harmlosen politischen Delikts. Die Hauptverhandlung wurde kürzlich vertagt. Grund: „Der Gesundheitszustand des Angeklagten gestattet eine Vorführung nicht.“

Drei Hausfrauen gehörten der Fraktion an. Ihnen ist wenig geschehen: Die SA hat ihnen die Wohnung demoliert. Ihre Kinder wurden von der Hitler-Jugend mit Stahlruten verdroschet und von zweien verloren die Männer — ein Rifenmacher und ein Gastwirtsgehilfe — wegen der politischen Betätigung der Frau die Arbeitsstelle verhängt wurde, abläuft. Das Schicksal der restlichen acht Stadtverordneten kann noch gedrängter erzählt werden. Sechs von ihnen, unter ihnen ein Kriegsinvalide und ein Mann von vierundsechzig Jahren, sind im Konzentrationslager. Ihre Frauen und Kinder werden von Genossen unterstützt, die selbst kaum das Nötigste zum Leben haben. Zwei Genossen sind ins Ausland geflüchtet.

Das Schicksal der übrigen Funktionäre der Arbeiterbewegung? Soll ich im einzelnen von den vier Dutzend Lehrern erzählen, die man ihrer Betätigung in der Kinderfreundebewegung wegen verhaftet hat und mit Erdarbeiten beschäftigt, derweilen die Schulkinder ohne richtige Betreuung verblühen? Oder von den rund hundert Gemeindegewerkschaften, die man — nach zum Teil vierzigjähriger Dienstleistung für die Stadt — auf die Straße warf, nur weil sie Sozialdemokraten waren? Oder wäre das Schicksal der Volkshausangestellten wesentlicher, denen man als

Erfah für die verlorengegangene Arbeitsstelle wochenlang die Arbeitslosenunterstützung verweigerte? Verdient nicht auch der Fall der Schauspieler Erwähnung, die stellenlos wurden, weil sie bei Kulturfeiern der Arbeiterschaft rezipiert hatten? Und muß man nicht von den Polizeibeamten sprechen, die man unbarmherzig demütigt und schikaniert, weil sie in all den Jahren Geleß und Dienstvorschriften gleichmäßig anwandten?

Ich möchte nur noch einige Worte den Menschen widmen, die in derselben kleinen Nebenstraße wie wir wohnten. Ein Finanzamtsbeamter wanderte in Schutzhaft, weil er angeblich demonstrativ auf dem Klavier jeden Nachmittags die „Internationale“ gespielt hatte. Ein Jugendheimleiter wurde gräßlich mißhandelt, da er den Vorwurf nicht widerlegen konnte, vor anderthalb Jahren einen Hitler-Jungen wegen wiederholten Diebstahls mit Entzug des Sonntagsausgangs bestraft zu haben. Eine Wohlfahrtspflegerin und ihr Vater, Postbeamter von Beruf, verloren ihre Stellung, weil der Verlobte des Mädchens Reichsbannerfunktionär war. Einer früheren Gewerkschaftsangehörigen entzog man ihre Rente. Ein Metallarbeiter bekam vier Monate Gefängnis, weil er im Reichstagswahlkampf an einer Straßenecke gesagt hatte, Hitler sei der „Totengräber von Deutschlands Freiheit“, und ein seit fünf Jahren erwerbsloser Holzarbeiter ist Opfer einer haltlosen Denunziation, in Untersuchungshaft. Das Ganze hat sich in einer Straße von zwölf Häusern zugetragen, und sie ist nur eine unter den mehr als dreihundert Straßen dieser Stadt.

Die Verlustrechnung an Einrichtungen

Enteignet wurden folgende — aus Arbeitergroßen mühsam aufgebauten — Einrichtungen: Zwei Druckereibetriebe, ein Gewerkschaftshaus, fünf Arbeiterheime, ein Haus der Arbeiterwohlfahrt, zwölf Kinderfreunde- und Jugendheime, vierzig Arbeiterbüchereien, neunundvierzig Sportkantinen, vierundzwanzig Turnhallen, einundsechzig Sportplätze, fünf Bäder und zwei Bootshäuser. Voran Zehntausende Arbeiter jahrelang geschaffen, was zwei Generationen aufgebaut, was einer ganzen Stadt zur Wohltat, zu kulturellem Aufbau und zur Ehre gereichte, hat man mit einem Fausthieb vernichtet. Männer, die nie gewußt, was Gewerkschaftsarbeit, was die Kulturbewegung des Proletariats bedeutet, die noch nie etwas von den Kinderfreunden gehört und noch nie ein Buch gelesen hatten, stürmten die Heime, warfen den Brand in die Büchereien, traten mit den Stiefeln auf den toten Fahnen herum, zertampelten die Spielzeuge der Kinder, trommelten mit den Äxten die Schreibtische auseinander, stahlen des Nachts die Turngeräte, um sie als Brennholz zu gebrauchen, raubten historisch bedeutsame Protokolle, um sie, das Kilogramm zu sechs Pfennig, in die Stämpfe zu liefern, und okkupierten das Ganze als Siegesbeute des Dritten Reiches.

Der Abbau der Gleichschaltung schonte nicht die städtische Volkshochschule, die Jahr für Jahr einige hundert Kurse für Arbeitende und Erwerbslose veranstaltete hatte. Er schreckte nicht zurück vor der Schließung der kommunalen Kinderheime, in denen man sich mit liebevoller Sorgfalt der Kleinen und Kleinsten annahm. Er führte zur Auflösung der städtischen Stelle, die den Einkauf zentralisierte, um das Gemeinwesen vor Ueberpreisen zu schützen. Ihm waren die Bücherhallen ausgeliefert, die man zuerst „reinierte“ und dann als „Sammelstellen des Marxismus“ schloß. Konnte der Büchereidirektor etwas dafür, daß die SA-Jugend lieber Joten erzählt, als Goethe liest, daß man ihm deswegen die Lesehallen sperren? Zufluchtsstätten für die weibliche Großstadtyugend wurden aufgelöst. Die Kunstgewerbeschule fiel ebenfalls, weil fortschrittlich geleitet, der Gleichschaltung zum Opfer.

Schließlich hat man das Arbeitsgericht verkleinert, ganz konsequent: Gibt es im Dritten Reich kein Arbeitsrecht, keine Arbeiterrechte — wozu braucht man dann ein Arbeitsgericht? Man hat die Gewerbeaufsicht in ihrer Tätigkeit beschränkt, denn bei so vielen Erwerbslosen kommt es auf ein paar tödlich verlaufende Betriebsunfälle nicht mehr an! Auch die Berufsberatungsstelle ist vorläufig geschlossen worden. Der junge Mensch gehört in die SA, oder in die SS, andernfalls taugt er nichts, und — wozu braucht Hitler Berufsberatung, wenn er keine Arbeitsstellen schaffen kann?

Die Gewinnrechnung an Menschen

Zum Bürgermeister wurde ein Mann ernannt, der zwar einige Zeit Gemeinderat war, aber nie in eine Ausschussbildung gekommen ist. Zu seiner kommunalpolitischen Ausbildung hat er einen halbpornographischen Roman geschrieben, der in einigen hundert Exemplaren von der Stadt zur Bildung der Bevölkerung angekauft wurde. Bezirkskommissär ist ein Nationalsozialist, dem es Freude macht, kleine Marxistenmißhandlungen zu arrangieren und täglich einige hundert Kilometer im Amtsauto gleichschaltend durchs Land zu saufen. Dafür bekommt er dreifach Gehalt und ist von den vielen Hochrufen auf Hitler stets heifer. Seine Lieblingssprengarten, die er insbesondere bei dem Pflanzen von Hitler-Pappeln anwendet, sind: „Wir, das Volk der Dichter und Denker!“ und „Ihr Schweinehunde werdet euch schon noch im Dritten Reich wohlfühlen, wenn ihr euch mal richtig dran gewöhnt haben werdet!“

Stadttrat wurde jemand, der das ausschließlich dem Umstand verdankt, zu viel von dem erwähnten Bürgermeister und dem Kommissär zu wissen. Er hatte bisher eine Zweizimmerwohnung. Jetzt baut ihm die Stadt — standesgemäß — eine Vierzimmerwohnung in einem städtischen Haus aus. Der neue Stadttrat leitet die Fürsorgeangelegenheiten. Seine erste Amtsverfügung war: „Benimmt sich ein Fürsorgeempfänger ungebührlich, ist erstmals Polizei zu rufen und dann Strafanzeige zu er-

statten!“ — Früher hat man erregte Erwerbslose durch gütliches Zureden zu beruhigen versucht. Das war aber wirklich „marxistisch“.

Personalbezogen der städtischen Betriebe wurde ein SA-Hauptmann, ein stadtbekannter Schreihals, Kaufbold und Flegel. Bei der Ermordung eines Kommunisten war er führend beteiligt, es gingen damals drei Dutzend Hitler-Leute gegen einen unbewaffneten Rotfrontler.

Rund siebzig Konjunkturalnationalsozialisten avancierten in der städtischen Verwaltung. Mehrere tausend Gemeindebeamte, Angestellte, Arbeiter hat man zwangsweise in die Betriebszellen eingereiht. Bei patriotischen Kundgebungen marschieren sie dann als Hitlers getreueste Landeskinder hinter den Hakenkreuzfahnen und Standbartenfeldzeichen und zahlen dafür einige Mark Mitgliedsbeitrag im Monat.

Die Gewinnrechnung an Einrichtungen

In dem Betrieb des Arbeiterorgans wird die Nazi-Zeitung hergestellt. Im Gewerkschaftshaus thronen Nazibonzen. In den Kinderfreundeheimen lagert SA, in einem von den Heimen, das in unmittelbarer Nähe eines Jugendspielplatzes gelegen ist, hat man einen bordellartigen Betrieb installiert.

Ein Kassenamt ist im Aufbau begriffen. Das Steueramt der Stadt ist wegen der vielen Exekutionen vergrößert worden. Ein Sondergericht wurde errichtet.

Das Saldo des Vierteljahres

Aus der Stadt, in der ein reges geistiges Leben Selbstverständlichkeit war, wurde ein Spiekerneß. Aus der Stadt, in der eine frohe und lebenslustige Bevölkerung wohnte, ist ein unterdrücktes, von Schreien erfülltes Gemeinwesen geworden; jeder fürchtet sich vor jedem. Keiner traut dem andern: selbst dem besten Freund vertraut man sich nur zögernd an. Gesinnungslumperei, Spitzelerei, Denunziantentum, Konjunkturakrobatik sind an der Tagesordnung. Von einer Unsumme von Ungerechtigkeiten, Demütigungen, Phrasenpatriotismus, Egoismus und Ungewöhnlichkeit ist der Alltag erfüllt. Man fühlt sich seines Lebens nicht sicher, weiß nicht, wem zuerst eine SA-Räuberei, eine Mißhandlung, das Konzentrationslager oder die wirtschaftliche Vernichtung droht. Die moralische Korruption ist Trumpf und die schlechtesten Instinkte sind wach geworden.

Die versprochene wirtschaftliche Gesundung ist nicht gekommen. Nicht einmal leise Anzeichen, die in dieser Richtung gedeutet werden könnten. Die Löhne werden gesenkt, die Preise steigen. Wichtige Reweinstellungen werden groß verhängt, riesenhafte Entlassungen verschwiegen. Die Arbeitslosenunterstützungen bleibt die Stadt schuldig. Die Steuern werden doppelt rücksichtslos eingezogen.

Aber das Wichtigste: eine Stadt in Unfreiheit, verflucht dem Dritten Reich! Wißt ihr, was es bedeutet, wenn keine Gesetze und Rechte gelten als die, die gerade die SA-Soldateska will? Wißt ihr, was es heißt, einer Knechtschaft an Körper und Seele ausgeliefert zu sein, die euch bei Tag und bei Nacht im Wachen und im Träumen nichts vergeßen und nichts gleichmütig überwinden läßt?

In dieser Stadt lebt ein Mann — reich an Ansehen, berühmt an Namen, rechts orientiert ohne Vorbehalt —, der in ängstlich verschlossener Stube seinem besten Freund kürzlich gestand: „Das Dritte Reich hat es zuwege gebracht, daß ich mich schäme, ein Deutscher zu sein!“

Als vor einigen Tagen aus dieser Stadt jemand ins Ausland fuhr, brachten ihn Freunde und Bekannte zur Bahn. Als der Zug abrollte, erlitt einer von denen, die Abschied genommen hatten, ein Mann, von dem man glaubte, er besäße Nerven wie Eisen, einen Nervenzusammenbruch und schluchzte immer wieder nur dieselben Worte: „Hier leben zu müssen — es ist übermenschlich, unmenschlich! Wie lange hält man es noch aus?“

Es gibt in Deutschland achtundneunzig Städte mit einer Bevölkerung von fünfzigtausend und mehr Menschen. In keiner von ihnen ist weniger, in fast jeder von ihnen mehr seit den Märztagen 1933 geschehen als in der einen, von deren Schicksal in einem Vierteljahr Dritten Reiches ich erzählen wollte.

Erschossen!

Weil er eine drohende Haltung annahm

Levertusen, 25. Juli. Von der Stadtverwaltung Levertusen wird mitgeteilt: In der Nacht zum Samstag ereignete sich in der hiesigen Hauptstraße vor dem Hotel Nieren folgender Vorfall: Der Erwerbslose Jakobial stand seit längerer Zeit bei der NSDAP, in Verdacht, sich als Spitzel zu betätigen. Beobachtungen ergaben, daß Jakobial Beziehungen zu den staatsfeindlichen Parteien unterhielt. Er war deshalb wiederholt von den örtlichen SS- und SA-Führern verwarnet worden, weshalb er sich mehrfach in drohenden Äußerungen gegen diese erging. In der letzten Nacht nun sollte Jakobial in seinen Beziehungen zur NSDAP überführt werden und wurde deshalb einer Verhaftung unterzogen. Dabei nahm er eine drohende Haltung ein, so daß sich der Führer der SS veranlaßt sah, zur Abwendung einer Gefahr dem Genannten zuvorzukommen und einen Schutz gegen ihn abzugeben. Dieser Schutz wirkte tödlich.

Das heißt in klaren Worten: Man wollte einen SA-Mann, der wahrscheinlich zuviel wußte, aus der Welt schaffen, verdächtigte ihn deshalb als „Spitzel“ und schoß ihn nieder. An eine Strafverfolgung solcher Mörder ist in Deutschland nicht zu denken.

Deutschland erwache!

Der stenographische Bericht über die Deutschlanddebatte im britischen Unterhaus

Ein Freund aus England schickt uns das Stenogramm der Sitzung des Unterhauses vom 5. Juli, die sich einmütig gegen die jehigen Machthaber in Deutschland wandte. Kurze Auszüge aus den Reden sind in der deutschen Presse, auch in der „Deutschen Freiheit“ erschienen. Wir halten es für zweckmäßig, wenn auch mit Verspätung, nun auch noch den ausführlichen wortgetreu übersehten Bericht zu veröffentlichen. Es handelt sich hier um ein Dokument, dessen Richtigkeit nicht angezweifelt werden kann. Alle Reden ohne Ausnahme und ohne Unterschied der politischen Gesinnung atmen die abgrundtiefe Verachtung der in Deutschland jehig regierenden Männer und ihrer verbrecherischen Methoden. Sie zeigen zugleich, daß die britischen Parlamentarier, wie jeder vernünftige Mensch, sehr wohl einen Unterschied zu machen wissen zwischen dem gestifteten deutschen Volke und den brannen Banden, die es terrorisieren. Leider verhindert die jehige Reichsregierung, die sich ihrer Unfähigkeit und ihrer Schuld durchaus bewußt ist, daß die Wahrheit über Deutschlands außenpolitische Isolierung in alle deutschen Volkskreise dringt. Die Folge wird eines Tages ein ebenso gründliches und verblüfftes Erwachen sein wie im November 1918. Das deutsche Volk wird von den Faschisten betrogen, wie es lange Jahre von den Kreaturen Wilhelm des Zweiten betrogen worden ist, und eine feise und feige, nur auf Profit bedachte Presse entwürdigt sich zur Dirne des Faschismus mehr noch als sie in Jahrzehnten den renommierten Schwäher Wilhelm den Zweiten verhimmelt hat. Die „Deutsche Freiheit“ ist stolz darauf, der Wahrheit und damit der Befreiung Deutschlands aus wüsten und unwürdigen Zuständen dienen zu können.

Die Deutschlanddebatte im britischen Unterhaus nahm folgenden Verlauf:

Lansbury (Führer der Labour Party):

Seit der Beruhigungsrede von Herrn Hitler wurde von gut unterrichteter Seite immer wieder festgestellt, daß heute in Deutschland der Krieggeist wieder auflebe und sich vor allem in der Frage der Luftfahrt zeige. Große Gruppen junger Leute wurden im Fliegen ausgebildet.

Ist der Außenminister bereit zu untersuchen, welche Aufträge für den Bau von Flugzeugen oder Flugzeugteilen aus Deutschland hier vorliegen? Er habe gehört, daß hier beträchtliche Geschäfte gemacht würden.

Die Labour Party will fair play für Deutschland auch in der Luftfahrt und der Bewaffnung, aber keiner von uns würde ruhig zusehen, wenn Deutschland aufrüht (Weisfall) und eine gewaltige Macht in der Mitte Europas würde. Der beste Weg, um hiermit fertig zu werden, sei für England und seine Verbündeten, den Friedensvertrag nach Buchstaben und Geist durchzuführen und die deutsche Regierung zur gleichen Politik zu veranlassen. Aber schon jetzt sei eine Ueberwachung der Rüstungen in Deutschland nötig; er habe gehört, daß eine sehr beträchtliche Aufrüstung bereits dort stattfinde. Die Labour Party betrachte mit großer Besorgnis diese Aufrüstung unter der Leitung solcher Leute, wie sie heute in Deutschland herrschen (Weisfall). Es wäre die größte Bedrohung des Friedens Europas und der Welt.

Er denke nicht daran, sich bei Deutschland oder der deutschen Regierung zu entschuldigen, wenn er auf die brutalen, unheimlichen Verfolgungen aufmerksam mache und den Außenminister frage, ob es nicht möglich sei, unter Berufung auf Art. 11 der Völkervereinbarung die Handlungen der deutschen Regierung dem Völkerverbund zur Kenntnis zu bringen.

Die zivilisierte Welt könne nicht schweigend zusehen, wie Frauen und Kinder barbarisch behandelt werden, nur weil ihre Männer und Väter Juden, Kommunisten oder Sozialisten oder sonst Leute waren, die Herr Hitler und seine Freunde nicht mochten.

Sir Austen Chamberlain (Konservativ):

Mahvoll, aber gewichtig seien die Worte Lansburys über die Lage in Deutschland gewesen. Es sei selbstverständlich, daß er als ein ehemaliger Außenminister mit großer Reserve und Vorsicht über die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes spreche. Aber das eine dürfe man sicher sagen — und die Rede Lansburys zeige, daß nicht nur die eine Seite des Danks so denke —, daß es für England schwer sei in wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen mit einer Nation zu leben, die aus ihrer Politik auf die Ideen verbanne, die für alle britischen Parteien wesentlich seien. Können wir wahre Freundschaft mit einer Nation halten, die eine Rasse nur ihrer Rasse wegen achtet und sich weigert, die eigenen Bürger als gleichberechtigt zu betrachten?

Ist es denn möglich, daß Deutschland unsere Mitarbeit wünscht und unsere Hilfe zu erhalten erwartet, während es jedes Gefühl gräßlich beleidigt, das der Kauf unserer Geschäfte in unsere Brust gepflanzt hat?

Es ist schwer, als wahrer Freund mit einer Nation umzugehen, die eine innere Politik treibt, die uns nach unserer ganzen Tradition verhaßt sein muß. Der Geist, aus dem heraus Deutsche in Deutschland verfolgt werden, ist auch eine Bedrohung jeder Nation außerhalb der deutschen Grenzen und jeder Rasse, die jemals unter deutsche Herrschaft gelangen sollte. Mich berührt diese Sache besonders, weil ich 4—5 arbeitsreiche und verantwortungsvolle Jahre meine ganze Kraft einsetzte — und wie ich damals dachte, nicht ganz erfolglos —, um Deutschland als gleichberechtigten Staat an die Gesellschaft der Nationen zurückzubringen und die Radelstichpolitik zu beenden, unter der es seit dem Kriege zweifellos gelitten hat.

Ich habe mich bemüht, unsere Beziehungen freundschaftlich und vertrauensvoll zu gestalten und mit den alten und neuen Freunden zusammen eine bessere Zukunft für unser Land und die Welt aufzubauen. Ich muß jetzt sehen, wie all diese Hoffnungen, wenn nicht zerstört, so doch zumindest verengt sind durch den Geist, der heute in Deutschland herrscht.

Nicht nur in der Innenpolitik findet dieser Geist seinen Ausdruck. Vocarno galt eine Zeitlang als Symbol von Frieden und Versöhnung. Im neuen Deutschland gilt der Name Stresemann nichts, ist Vocarno ein Schimpfwort. Wenn Deutschland Revision der Friedensverträge und Abrüstung fordert, muß es die Welt erst von zwei Dingen überzeugen. Es muß die Welt überzeugen, daß eine vernünftige Abänderung des Friedensvertrages es zufriedensetzt und die Angelegenheit endgültig erledigt. Denn ob man nun die Geschichte der 20 oder 30 Jahre vor dem Weltkrieg oder die Ge-

schichte der Nachkriegszeit studiert, so wird man immer das gleiche finden, solange irgendwas Deutschland verweigert wird, ist es lebenswichtig, wenn man dann aber sagt, „Schön, wir wollen es euch geben und dann werden wir natürlich auf gutem Fuß miteinander stehen“, verliert die Sache jeden Wert für Deutschland, sobald es sie erlangt hat und wird nur noch als Sprungbrett für neue Forderungen benutzt.

Was Deutschland zeigt, daß eine mahvolle, vernünftige und annehmbare Abänderung der Friedensverträge endgültig wäre und von Deutschland als endgültig betrachtet würde, ist der kein wahrer Friedensfreund, der Deutschland auch nur den Glauben an die Möglichkeit einer Revision gestattet.

Abrüstung — physische Abrüstung — ist nur möglich, wenn die moralische Abrüstung soweit vorgeschritten ist, daß die Nationen fühlen, daß physische Abrüstung Sicherheit bedeutet. Solange jede Rede in Deutschland, solange jede Propaganda dort bedrohlich, aufreizend, voreingenommen und einseitig ist, wie können die Deutschen da erwarten, daß die, die sie mit ihrer Propaganda bedrohen, abrüsten, damit Deutschland sie dann besser angreifen kann. Wenn Deutschland zu seiner früheren Einstellung zurückkehren würde, wenn es die ehrliche Absicht zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zeigen würde, wenn es aufhören würde seine Nachbarn zu bedrohen, dann könnte es die Welt überzeugen, daß es mit der Forderung der Abrüstung der anderen nur die eigene Sicherheit erstrebt und nicht einfach versucht, wieder eine Machtstellung zu erreichen, von der aus es den Frieden der Welt brechen kann. Ich bin nicht traurig darüber, daß die Abrüstungskonferenz verfaßt ist.

Der Augenblick war nicht günstig für ihren Fortschritt. Ich bitte das Unterhaus und die Regierung sich zu hüten, jetzt die Verantwortung zu übernehmen und andere Völker, die dem Gefahrenherd näher sind als wir, zur Abrüstung zu pressen.

Das Maß der Konzessionen, die man Deutschland machen kann, hängt nicht von uns ab, sondern von Deutschland. Und Deutschland muß wissen, daß es mit dieser Aufreizung seines Volkes die Erfüllung der eigenen Wünsche hinausschiebt. Und durch die Drohungen, die diese aufgeregten Herrschaften gegen ihre Nachbarn ausstoßen, machen sie es für ein Volk wie das englische unmöglich, ihnen die Hilfe zu gewähren, welche wir gern gewähren würden, wenn das deutsche Volk in einer erfreulichen Gemütsverfassung und von einer weisen und klügeren Regierung geleitet wäre. (Weisfall).

General Spears (Konservativ):

Deutschland muß wissen, daß England nie eine Vergewaltigung Desterreichs gestattet wird. Wir sollten es den Deutschen klar machen, daß kein Einfall in Desterreich geduldet würde, auch wenn er von den irregulärsten der irregulären Truppen begangen würde. (Weisfall).

Colonel Wedgwood (Unabh.):

Er sehe nicht ein, weshalb nicht England zusammen mit den Vereinigten Staaten eine gleichlautende Note an

Deutschland senden sollte unter Bezugnahme auf die Ereignisse in diesem Lande. Das schiene ihm der einzige Weg, daß irgend etwas geschehen könne, um Deutschland zur Zivilisation zurückzuführen, für die es früher bekannt war. England ist nicht berechtigt, seine Hände zu falten und die Dinge in Deutschland gehen zu lassen nur aus der Furcht heraus, daß unsere Aktion nicht die begeisterte Zustimmung der Regierung finden würde, der wir unsere Ansichten mitteilen.

Bernays (Liberal):

Er sei gerade von einem Besuch aus Deutschland zurückgekehrt und er müsse sagen, daß die Lage der Juden dort noch schlimmer sei als vor 6 Wochen. Könne die britische Regierung nicht noch mehr als bisher für die jüdischen Emigranten tun? Was mit den Juden geschehe, sei ein Angriff auf die Zivilisation und es sei jetzt die Aufgabe der Zivilisation zu zeigen, daß ihr Gewissen sie zu Taten zwingt. Er sei aus Deutschland zurückgekehrt mit der festen Ueberzeugung, daß die Lage höchst beunruhigend sei, soweit die Abrüstung in Frage komme. Der Versailler Vertrag würde jede Stunde verletzt. Wenn man den gegenwärtigen Geist in Deutschland sich entwickeln lasse, wäre ein Krieg noch in dieser Generation unvermeidlich. Er sei aus Deutschland mit dem Gefühl zurückgekehrt, daß alles, wofür sie im Krieg gekämpft hätten, ihnen wieder entgilt und daß all die großen Opfer vergebens gewesen wären, wenn die Völker der Welt nicht bald handelten.

Mac Govern (Unabh. Labour):

Man mühte Vorkellungen in Deutschland machen und erklären, daß wir mit diesem Land keinen Handel treiben können, solange es sich keine vernünftige Regierung gibt. Man mühte Deutschland zeigen, daß 1933 nicht 1733 sei.

Janner (Liberal):

protestierte gegen das Naziregime der Verfolgungen von Juden und Politikern in Deutschland, er sagte, daß die Unterdrückungsmassnahmen immer enger werden würden und regte an, daß der Völkerverbund Deutschland mit den Mitteln behandeln solle, die ihm gegen solche Länder zur Verfügung ständen, die die Zivilisation und Menschlichkeit verletzen.

Maxton (Unabh. Labour):

forderte den Außenminister zu einem Einreisen zugunsten Torglers auf, der seit dem Reichstagsbrand in Ketten und in Einzelhaft gehalten wird.

Außenminister Simon (Nat. Liberal):

Das Gefühl von Sorge und Bekümmern über die allgemeine Lage, vor allem über die Lage bestimmter Minderheiten in Deutschland, ist in allen Reden zum Ausdruck gekommen. Er sei überzeugt, daß das, was heute gesagt wurde, nicht einem Geist engherziger Kritikluft oder einem reinen Parteigeiste entspringe, sondern es sei der wahre Ausdruck dafür, wie das englische Volk als Ganzes, das nun einmal den Grundlag der Toleranz vertritt, auf die Ereignisse reagiere. In England war seit Jahren eine starke Gruppe der öffentlichen Meinung vorhanden, die keineswegs blind gegenüber den Forderungen des großen deutschen Volkes war und bereit war, dessen Wünsche sympathisch zu erwägen.

Es sei nun tragisch, daß die Ereignisse der Gegenwart bei diesen Menschen die Sympathien zerstört haben, die Deutschland braucht. (Weisfall).

Die Engländer seien gerechte und großzügige Menschen, aber es gäbe Dinge, die sie nicht verstehen könnten. Sie begten den Wunsch, daß die Zeit kommen möge, wo sie mit gutem Gewissen und aus vollem Herzen an der Lösung der europäischen Probleme mitarbeiten könnten, aber das könnten sie nur, wenn sie die volle Gewißheit einer anständigen Behandlung der Minderheiten in allen Teilen der Welt hätten. (Weisfall).

Verantwortlich für die Redaktion Joh. Vig. Inzerate Otto Rubin, beide in Saarbrücken. Druck und Verlag: „Volkstimme“ G. m. b. H. Saarbrücken, Schützenstraße 5.

Französische Weberei

sehr gefragter Spezialartikel, sucht Kapital zum weiteren Ausbau.

Referenzen, Antwort:

48 Marigny, 7, avenue Foch, Paris (XVI^e)

Den Abonnementsbetrag für Einzelabonnenten

zuzüglich der Portospesen für den laufenden Monat werden wir jeweils

am Anfang des Liefermonats, dem Wunsch der meisten Leser entsprechend, durch Nachnahme erheben. Wir bitten, diese bei Vorzeigen sofort einzulösen, um unnütze Unkosten zu ersparen

Verlag „Deutsche Freiheit“

Alle Ausgaben

Klassiker

empfiehlt

Buchhandlung

„Volkstimme“

Hahnholstr. 52

Sichere Existenz!

findet Herr oder Dame bei seriöser Gesellschaft in Straßburg gegen Darlehn von 100—200 000 Fr., welches absolut sichergestellt wird. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften oder Angabe von Ia Referenzen unter Nr. 49 an die Exp. dieser Zeitung erbeten. Horcher und Vermittler verboten.

In Lothringen

große Geldsumme mit Gleitsananschluß sowie große Lager, geeignet zu Fabrikräumen. Nähe Bahnhöfe und Kanal; terner Geschäftshäuser im Stadtzentrum vorteilhaft zu verkaufen. Offerten unter Nr. 3882 an Agence Havas METZ, die weiterbet.

Schreibmaschinen.

neu u. gebraucht, auf Teilzahlung in monatlichen Raten von Fr. 40 Unverbindliche Vorführung. Zuschriften unter Nr. 52 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.